

StVE Cottbus 1985: Wer ist F. T.? Wer kennt diese Zeichnung?

Gesucht wird ein kunstbeflissener ehemaliger Häftling, dessen Zeichnungen nun aufgetaucht sind

Gesucht wird ... ein ganz bestimmter ehemaliger politischer Häftling von der StVE Cottbus. Er war im Frühjahr 1985 in Cottbus im Erziehungsbereich 5 oder 7 des Hafthauses 1 inhaftiert und trug die Initialen F. T. Wie lange er überhaupt in Cottbus eingesessen hat und warum, wissen wir nicht.

Aber erst einmal der Reihe nach.

Häftlinge konnten beim Erzieher in ihrem Erziehungsbereich eine Zeichenerlaubnis beantragen. Wenn diese genehmigt wurde, erhielten sie einen Zeichenblock mit 16 Blatt Papier. Das Deckblatt war mit dem Stempel der StVE und dem Signum des Erziehers versehen, da er ansonsten bei der nächsten Haftraumkontrolle eingezogen wurde. Wenn der Block voll war, musste er zurückgegeben werden. Da Häftlinge bei der Entlassung außer ihren persönlichen Sachen aus der Zeit der Verhaftung nichts weiter mitnehmen durften, mussten die Zeichnungen nach der Rückgabe vernichtet werden. Wem wären sie auch sonst von Nutzen gewesen?

Nicht so im Falle des hier gesuchten Häftlings. Im Zeitraum Februar bis April 1985 zeichnete er zwei volle Blöcke mit künstlerisch wunderschönen Motiven. Darunter sind einige namentlich genannte Haftkameraden mit ihrer Zellennummer, sehr ausdrucksstarke symbolische abstrakte oder sogar politische Motive, aber auch Landschaften.

Unter jeder dieser Zeichnungen sind seine Initialen F. T. zu lesen. Sein ehemaliger Erzieher war von der Qualität der Zeichnungen sehr beeindruckt und vernichtete sie nicht nach der Rückgabe, sondern behielt sie bis zum heutigen Tag. Als Erinnerung an die menschliche Seite des Unrechts, an diesen Mann oder hatte er die Hoffnung gehabt, ihn mal wieder zu treffen?

Die DDR und das System der politischen Verfolgung ihrer Bürger sind zusammengebrochen. Für die Menschen, die zu Unrecht inhaftiert wurden, sind vielfach schlimme bleibende Schäden fürs Leben und Erinnerungen infolge der Haft geblieben. Aber wie ist es mit den ehemaligen Bediensteten der Gefängnisse?

Viele schweigen, mussten sich im neuen System umorientieren, schauen nach vorne und nicht nach hinten, andere hetzen in der Öffentlichkeit gegen die Häftlinge und sind uneinsichtig. Es gibt aber doch auch einige wenige, die über das frühere und das jetzige System nachdenken, ihr Schweigen brechen und das Gespräch mit uns suchen. So kam vor wenigen Wochen der ehemalige Erzieher des EB 7 zum Menschenrechts-

zentrum Cottbus und erzählte von früher, mehrmals und stundenlang. Eines Tages packte er aus seiner Tasche die Zeichnungen des Häftlings F. T. Da sie ihm, dem Häftling also, gehören, wollte er sie ihm nun nach über 32 Jahren zurückgeben, sagte er nachdenklich.

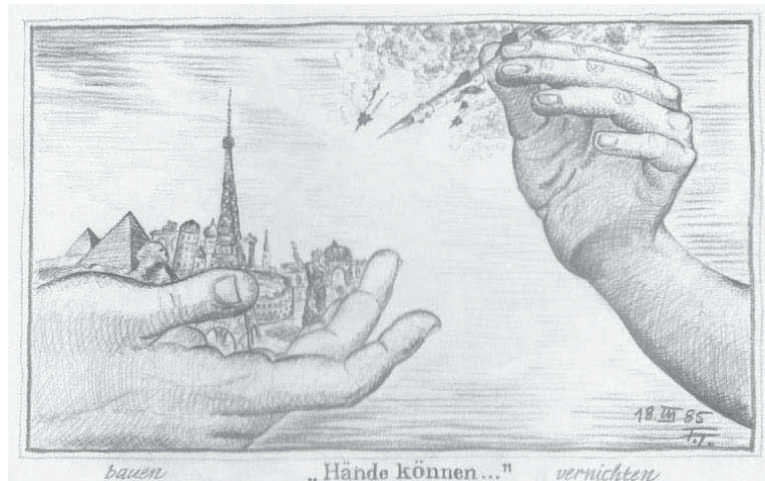
Wer ist F. T.?

Wer kennt diese Zeichnungen oder wurde gar von ihm porträtiert? Wo ist er? Lebt er noch? Wer kennt ihn, hat Kontakt zu ihm oder kann uns einen wichtigen Hinweis geben, damit wir ihn finden?

Vielleicht ist F. T. krank und traumatisiert. Vielleicht hilft ihm die Rückgabe seiner Zeichnung ein bisschen sein Trauma zu lindern, indem wir ihm eine völlig unerwartete Freude machen. Wer weiß? Helfen Sie bitte mit! Wir nehmen jeden weiterführenden Hinweis gerne entgegen. Wenn F. T. selbst diese Zeilen liest und sich meldet, wäre sogar noch schöner. *Sylvia Wähling*

Hinweise auch an die Bundesgeschäftsstelle der VOS.

Eine weitere Zeichnung zeigen wir in der nächsten Fg



Es war der 24. September 18.00 Uhr, als die Fernsehsender die Prognosen zur Bundestagswahl bekanntgaben. Eine kalte Dusche für die Union, die auf einen Schlag acht Prozent verlor. Wer hatte damit gerechnet? Auch die SPD hat es ein weiteres Mal erwischt. Mit Müh und Not zwanzig Prozent. Und das ist – beim zweiten Blick – für diese Partei vielleicht noch bitterer als der hohe Verlust für die Union. Man mag sich nicht vorstellen, was der einstigen Volkspartei blühen könnte, wenn sich diese Talfahrt fortsetzt. Der Absturz kam angesichts der konturlosen Auftritte von Martin Schulz allerdings nicht unerwartet, und letztlich war dies zugleich ein Signal, die Zeiten der Großen Koalition zu beenden und sich neu aufzustellen. Das zumindest hatte Martin Schulz verstanden und prompt gehandelt, und damit ist er Angela Merkel um einiges voraus. Denn dass die Kanzlerin diese deutliche Niederlage in einen knappen Sieg uminterpretierte und nun mit CSU, B'90/Grüne und FDP ein neues, ausgesprochen schwer zu lenkendes Bündnis schmieden will, um die alte Linie und das alte System beizubehalten, dürfte einfach nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler sein.

Was aber wollen die Wählerinnen und Wähler? Die AfD sagt, die Menschen wollen mehr Ordnung, mehr Sicherheit, mehr Übersichtlichkeit, wozu eine deutliche Reduzierung der Flüchtlinge gehört. Die FDP fordert eine weitere Belebung der Wirtschaft, wiewohl die Statistik ständig Wachstumsraten vermeldet. B'90/Grüne wollen vor allem einen besseren Klimaschutz, und man möchte auch die Grenzen offen halten. Die Linke, die es wiederum in den Bundestag geschafft hat, fordert den Austritt Deutschlands aus der Nato und eine baldige Rückkehr zu den Verhältnissen der DDR.

Die Kanzlerin hingegen findet, dass eigentlich alles gut läuft, sie sieht keinen Handlungs- und Änderungsbedarf. Ihr Blick geht zudem weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Sicher, sie wird in China und Frankreich oder der Ukraine und bald vielleicht in Korea

sehr geschätzt. Aber von dort kriegt man in Deutschland keine Wählerstimmen, und dort vertritt niemand die Interessen der hiesigen Bevölkerung. Fakt ist, dass sich bei uns viele Menschen abgehängt fühlen. Damit meine ich gar nicht mal uns SED-Opfer, die wir längst kein beachtenswertes Stimmenpotenzial mehr aufweisen. Vielmehr werden in Deutschland ganze Regionen bzw. gesellschaftliche Gruppen quasi als zurückgeblieben oder politisch unmündig denunziert, woran die großen Medien mit einseitigen Darstellungen beteiligt sind.

Auf ein Wort des Redakteurs

Die schlechten Wahlergebnisse von CDU und SPD werden dafür als Indiz gewertet. Anstatt aber eigene Fehler zu diagnostizieren, macht man sich vielmehr Sorgen um die Menschen, um die Neuen Bundesländer überhaupt. Man schaut von oben und stellt fest, dass doch äußerlich alles gut aussieht. Es gibt herrliche Straßen, saubere Häuser und volle Supermärkte. Wohlstand, und den gab es in der DDR nirgends. Und es steht jedem frei, zur Wahl zu gehen und demokratisch zu wählen.

Nun haben jedoch unerwartet viele Menschen die AfD gewählt und die Volksparteien links liegen lassen. Es ist unübersehbar, da geht ein Gespenst um. Es wird Rechtsextremismus genannt, aber es hat realiter nichts mit extremistischer Gewalt zu tun, sondern mit Verlustängsten. Gewalt haben wir an anderer Stelle erlebt, vor wenigen Wochen erst, es war in Hamburg. Wer diese Bilder vergisst oder sie verharmlost, wer sich bei der Auswertung mit ein paar Gerichtsprozessen gegen Einzelpersonen begnügt und im Gegenzug einen neuen Rechtsradikalismus heraufbeschwört, wie es in diesem Land geschieht, der macht sich unglaubwürdig. Die Ministerpräsidenten in den Neuen Bundesländern, aber auch Horst Seehofer in Bayern, haben sichtlich Angst, dass sie von der AfD überrollt werden könnten. Dabei ist es nicht die AfD, die ihnen möglicherweise

das Wasser abgräbt, sondern es sind die Wähler, die sich letztlich auch Gedanken um unser Land machen und die immer weniger Vertrauen in die Politik haben.

Es gibt die alte Volksweisheit, schau nach vorn und nicht zurück. Sie trifft auf die Politik nicht zu. Wer nicht zurück schaut, kann nicht aus seinen Fehlern lernen. Dass wir jetzt eine Koalition aus Union, FDP und B'90/ Die Grünen bekommen sollen, macht mich skeptisch. Geht es darum, die Kanzlerschaft für Frau Merkel zu sichern und sich dabei auf unzählige Kompromisse einzulassen, die die Regierbarkeit weiter verschlechtern? Ich persönlich habe großen Respekt vor Frau Merkel. Ich zweifle nicht daran, dass sie mit ihrem Geschick sogar FDP und B'90/ Grüne mit deren weit auseinander liegenden Standpunkten in eine Koalition lockt und diese sogar weitere vier oder fünf Jahre hält. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass große Teile der Wählerinnen und Wähler eine solche Konstellation ablehnen. Einfach, weil schon zu viel und zu früh über die Aufteilung der Pfründen geredet wird. Es geht um Macht und Einfluss, und um Posten.

Auch um die Menschen, die gewählt haben?

Verdeutlichen muss man sich noch Folgendes: FDP und Grüne vertreten rein rechnerisch jeweils eine von zehn Wählerstimmen. Für die Union ergibt das drei von zehn Stimmen. Wie viele Wähler werden also in der angepeilten Koalition repräsentiert?

Ich gehöre inzwischen zu jenen 25 bis 30 Prozent der Wählerschaft, die ernsthaft über den Sinn von Neuwahlen nachdenken und solche auch befürworten. Allerdings bin ich nicht sicher, ob ich wieder zur Wahl gehen würde. Mir wäre es wichtig, dass die Parteien vorher über begangene Fehler nachdenken und sich um die Meinungen der Wählerinnen und Wähler kümmern und weniger mit Sprüchen als mit konkreten Absichten im Wahlkampf auftreten. Nur über Demokratie zu reden ist zu wenig, wir alle wissen das.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe: Die Bundestagswahl liegt hinter uns. Und nun?

Titelseite

Die Suche nach einem wichtigen Unbekannten

Die verschwiegen Kunst aus dem Knast

Redaktionsthema:

Unser Land nach der Wahl: wer regiert und mit wem? Und wie

Die Parteien kämpfen um ihren Einfluss. Wer kämpft für die Wählerinnen und Wähler? 2

Die VOS ist in Aktion, sie hat viele Themen:

- Tibet: Solidarität mit einem okkupierten Land
- Gedenkfeier zum Tag des Mauerbaus
- Ab sofort können sich Opfer der kommunistischen Diktatur in Leipzig beraten lassen
- 3.000 Blumen für 3.000 verschwiegene Opfer: In Neubrandenburg stehen die Zeichen nun deutlich günstiger
- In Sachen RÜG: Briefe an die Spitzenkandidaten von Union, FDP und B' 90 / Grüne 4 - 5

Zuletzt blieb der Sieg doch versagt

Nachrufe auf Wolfgang Mayer und Reinhardt Künne, die viel für die VOS getan haben 6

Mauerziegel für die Spender

Das Mahnmal im Cottbuser Menschenrechtszentrum konnte nun eingeweiht werden 7

In die Bezirksgruppe sofort integriert

Die VOS hat auf interessante Weise eine neue Kameradin gewonnen 7

Auch wenn es weniger Zeitzeugen gibt, wird die Erinnerung wachgehalten

Bützower Häftlingstreffen setzt didaktische Impulse und nützt so der Wissensvermittlung 8

Das ist ausgesprochen begrüßenswert

Haftliteratur ins Dänische übersetzt 8

Hamburg, Berlin, Freiburg, Sachsen

Wo ist man wirklich willkommen? 9

Zahlen, Schicksale und Wahrheiten

VOS-Landesvorsitzender erinnert bei Buchenwald- Treffen an kommunistisches Unrecht 10

Aus dem Verband kurz berichtet: 11

- VOSler an Theater AG beteiligt
- Glückwunsch an einen 65-Jährigen
- Nichts geht verloren
- Wahlprüfsteine – (nun doch) Antworten

Nach dem falschen Glanz in Bonn kam das Elend der Wirklichkeit

Vor 30 Jahren wurde „EH“ wie ein Großer empfangen, bald darauf kam sein Sturz 12

„Jamaika“ als Hoffnung für SED-Opfer?

Verschiedene positive Faktoren in Sicht 12

Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit

LStU Sachsen wieder mit Zeitzeugen-Sammlung 13

Von Neubrandenburg nach Australien ...

... und die Stasi vergessen können ... 13

Bücher:

- Über die SED und den Knast in die Freiheit
Die DDR-Geschichte einer Ärztin 14
- Zwischen Tollkühnheit und Tragik
Der Wagemut des Michael Gartenschläger 15

Wo die Geschichte schön geredet und entfremdet wird

Das Verhältnis von Marx und Engels zu dem Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle 16 – 17

Putin, die Krim und Anton Tschechow

Korrekturen zur Tagespolitik 17

Ein aufgeblähter Bundestag

709 Abgeordnete sind nunmehr im Anmarsch 18

Er war ein Feind der „Bonner Ultras“ und daher passend für die DDR-Propaganda

Jupp Angenfort – ein Kommunist? 19

Zitate Mahnsätze Erkenntnisse 6, 13

Briefe 8, 12

Nachrufe 6, 9, 19

Impressum / Dank 20

Danke an alle großartigen Spender

Bitte nicht nachlassen, die VOS muss stark und präsent bleiben und für uns alle da sein!

Martin Pescheck, Rainer Scherwinski, Jürgen Weisbach, Waltraud Bauermann, Hartmut Schlotte, Gerd Ahnert, Günter Scharf, Barbara Große, Alfred Czubek, Hagen Herbst, Heinz Zierow, Horst Schultz, Gottfried Gläser, Bernd Brenzel, Marianne Elsner, Inge und Günter Uhlig, Ottfried Fuhrmann, Günther Zausch, Friederun und Egon Seel, Ursula und Wolfgang Lehmann, Fritz Giese, Horst Holtz, Helfried Reichel, Werner

Kotteritzsch, Helmut Günther, Johann Leeb, Dr. Dittmar May, Dr. Martin Hoffmann, Ingolf Braungart, Horst Wagner, Waltraud und Johannes Rink, Karl-Heinz Werner, Andreas Krieg, Eberhard Kaduk, Hans Stein, Peter Hellmund, Josef Sigl, Heinz Essig, Holker Thierfeld, Michael Krug, Alfred Herfurth, Martina und Uwe Rutkowski, Heinz Noack, Hans Schwan, Karl-Heinz Ulrich, Wilfried Rohleder, Ursula und Kurt Siehl. Dr. Michael Dosch

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,
hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am

Samstag, dem

9. Dezember 2017, 10.00 Uhr

nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (Eingang: ab 09.30 Uhr) ein. Zum Jahresende wollen wir
Rückblick auf das Jahr 2017 nehmen und uns im vertrauten Kreise wiedersehen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit. Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Teilnahmebestätigung erbeten an:

**VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113
Chemnitz oder Tel.: 0176 825 73 161**

Die Stimme der Freiheit darf für uns niemals erlöschen!

Was weit von uns entfernt geschieht, sollte uns trotzdem etwas angehen

Wir, die wir vereint sind in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., wissen, welches Gut es ist, in der Freiheit zu leben. Wir bekennen uns zum Leitspruch Freiheit statt Sozialismus. Daher gilt meine Stimme, meine Solidarität auch dem unterdrückten tibetischen Volk. China wird es niemals gelingen, die Flamme der Wahrheit auf dem Dach der Welt auszulöschen. Deutschland, Europa, die Welt schaut zu, wenn sich immer wieder junge Tibeter und Mönche mit Benzin übergießen und anzünden, um als lebende Fackel an das Gewissen der westlichen Welt zu appellieren und zu mahnen: Vergesst uns nicht! Lasst nicht die Gier, das Unwissen, die Gleichgültigkeit und die Angst in dieser Welt siegen! Darum brenne auch ich hier. Um zumindest ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen ... Daher schreibt eure Kommunen, Landesvertreter ... an und bittet Sie, „Flagge zu zeigen für Tibet“.



Ein solches Anschreiben kann über mich (bzw. die Bundesgeschäftsstelle der VOS) bezogen werden.
Andre Rohloff

Hinweis:

Unter der Web-Seite *Falundafa.de* finden sich Berichte und Fakten zu den Unrechtspraktiken des kommunistischen Regimes Chinas.

VOS

Meldungen Initiativen Berichte Inhalte

RBB berichtet über Gedenkveranstaltung mit VOS-Teilnahme

Ministerin Monika Grütters nimmt ebenfalls teil

Anlässlich des 56. Jahrestags des Mauerbaus berichtete die Berliner Abendschau über die in der Kapelle der Versöhnung in der Bernauer Straße in Berlin stattfindende Gedenkfeier. An der Veranstaltung nahm auch die Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters (CDU) teil. Und natürlich war auch wie in jedem Jahr der VOS-Bundesvorstand (Rainer Buchwald vorn rechts auf dem Foto) vertreten. Ebenfalls teilgenommen hat – neben weiteren DDR-Opfern – VOS-Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich.

Der Gedenktag fiel – wie der 13. August 1961 – auf einen Sonntag. Die Gedenkfeier wurde musikalisch umrahmt und begann – zur symbolischen Mahnung – um 13.13 Uhr. Mit dem Gedenken an den Mauerbau verbinden wir die Trauer um zahllose Todes- und Trennungsoffer. *V. Bosse*

Der erste Termin war schon im September

Bürgerkomitee Leipzig bietet Beratung für SED-Opfer und Angehörige an

Menschen, die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ und DDR geworden sind, können sich ab sofort jeden zweiten Mittwoch im Monat in den Räumen der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig beraten lassen. In den Beratungsstunden informiert ein Mitarbeiter des Landesverbandes Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) Hilfesuchende zu allen Fragen von Rehabilitierungsmöglichkeiten und Wiedergutmachungsleistungen. Der erste Termin ist Mittwoch, der 13. September 2017, zwischen 11.00 und 14.00 Uhr.

Für die Gedenkstätte ist es wichtig, am authentischen Ort ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Verfolgte der sowjetischen Besatzungsmacht der SED oder der Stasi und gegebenenfalls auch für deren Angehörige anzubieten. Gleichmaßen werden auf diese Weise aber auch wichtige Zeitzeugnisse und persönliche Geschichten bekannt, die ggf. für die künftige Arbeit der Gedenkstätte von Bedeutung sein können.

Durch die neue Kooperation können nun Betroffene vor Ort mit einem kompetenten VOS-Mitarbeiter sprechen, der den Opfern politischer Verfolgung Auskunft geben kann zu den gesetzlichen Grundlagen zur beruflichen, strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung sowie in Fragen der Wiedergutmachungsleistungen, der Opferrenten und -pensionen. Formulare liegen vor Ort aus, so dass der VOS-Mitarbeiter die Hilfesuchenden auch beim Ausfüllen der Anträge unterstützen oder ihnen mit Informationen zu anderen Angeboten von juristischer, psychologischer und sozialer Hilfe, Betreuung und Beratung weiterhelfen kann. Für eventuell entstehende Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung und verbleiben

*Mit freundlichen Grüßen
i.A. Franziska Böhl
Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Gedenkstätte in der "Runden Ecke"
Dittrichring 24, 04003 Leipzig*

Bunte Blumen und ein würdiges Gedenken für die vielen Toten

Die Stadt Neubrandenburg hat nun endlich einen Ort für Gedenken gefunden

Wie in der letzten Fg-Ausgabe berichtet, hat sich unser Kamerad Uwe Schmucker bereit erklärt, der Stadt Neubrandenburg einen entsprechenden Betrag zu spenden, damit durch die Anpflanzung von Blumen an die etwa 3.000 Toten erinnert werden kann, die zum Ende des Zweiten Weltkrieges ihrem Leben freiwillig ein Ende gesetzt haben. Damit wird ein Kapitel deutscher Geschichte berührt, das bislang kaum angesprochen wurde. Nicht nur in Neubrandenburg haben derartig viele Menschen den Freitod gesucht. Im nicht weit entfernten Güstrow spricht man von etwa 500 Betroffenen, darunter Personen aus dem Umfeld des Bildhauers Ernst Barlach. Über die Vergewaltigungen durch die sowjetischen „Befreier“, die teils als Auslöser galten, wird bis heute kaum offen gesprochen, zumal es immer noch Überlebende oder Angehörige aus dieser Zeit gibt.

Die VOS bedankt sich bei Uwe Schmucker für seinen Mut und seine Großzügigkeit. Der Stadt Neubrandenburg wünschen wir, dass sie nun auch den letzten Schritt in Richtung Gedenken tut.

Lesen Sie nachstehend den Bericht unseres Kameraden Andre Rohloff.

Die Entscheidung über den Ort, an dem 3.000 gespendete Blumen blühen sollen, ist gefallen. Nah am See, zur Erinnerung an die vielen Toten.

Auf der Rasenfläche zwischen hohen Bäumen und der Bootsinsel im Kulturpark soll der Gedenkstättenort entstehen, der an die vielen Neubrandenburger erinnern soll, die aus Verzweiflung oder der Scham nach den Vergewaltigungen zum Kriegsende 1945 den Freitod im See gesucht haben. Das teilte Viola Brentführer aus der Stadtplanungsabteilung des Neubrandenburger Rathauses mit. Auf dem Rasen sollen die Blumen gepflanzt werden, die Stele soll in unmittelbarer Nähe des Sees ihren Platz finden.

Der Neubrandenburger Uwe Schmucker hatte im Frühjahr angeboten, der Stadt Neubrandenburg Tausende Blumenzwiebeln zu schenken. Diese sollten, so der Wunsch des potenziellen Spenders, im Kulturpark in der Nähe des Seeufers gepflanzt werden.

Uwe Schmucker hat seine Gründe für die Wahl des Ortes. Der Mann, Mitglied in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, hat davon gehört und darüber gelesen, dass in dem kalten Wasser des großen Sees im April und Mai 1945 viele Neubrandenburger freiwillig in den Tod gegangen sind.

Das letzte Wort über den geplanten Gedenkstättenort ist allerdings immer noch nicht gesprochen. Auf einer der nächsten Sitzungen der Stadtvertretung müssen die Neubrandenburger Ratsfrauen und Ratsherren laut ihrer eigenen Satzung darüber abstimmen, ob sie die Spende ihres Mitbürgers auch annehmen wollen.

Andre Rohloff

VOS

Meldungen Initiativen Berichte Inhalte

Die Ungerechtigkeit für 300.000 Betroffene beseitigen!

Briefe an Frau Merkel, Herrn Lindner und Herrn Schulz

Mit einem Schreiben, in dem das Renten-Unrecht gegen Übersiedler und politische Häftlinge der ehemaligen DDR konkret benannt wird, wandten sich der VOS Lan-

desvorsitzende Felix Heinz Holtschke und sein Stellvertreter Peter Hippe noch im August an die führenden Vertreter mehrerer Parteien. Für die Fg abgedruckt wurde der Brief an Frau Merkel, die nach den Wahlen vom 24. September 2017 wiederum Aussichten hat, Kanzlerin zu werden.

Die Briefe an die SPD- und FDP-Spitzen enthielten denselben Inhalt. Damit wird seitens der VOS zur Sprache gebracht, was die Mitglieder bewegt und wen sie als verantwortlich ansehen. Sobald Antworten eintreffen, wird dies in der Fg veröffentlicht.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, mit höchstem Interesse haben wir ehemaligen politischen Häftlinge und Opfer des SED-Regimes Ihren Besuch der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen verfolgt. Es erfüllt uns mit Genugtuung, dass die Opfer der zweiten deutschen Diktatur zumindest bei der CDU und ihrer Schwesterpartei nicht in Vergessenheit geraten.

Mit besonderer Aufmerksamkeit registrierten wir jedoch Ihren außerprotollarischen Kontakt mit unseren Kameraden, die in der Genslerstraße vor dem Eingang der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt gegen die Ungerechtigkeiten des nach dem Fall der Mauer für ehemalige DDR-Bürger wirksam gewordenen RüG protestiert haben. Wir Betroffenen, die seinerzeit auf vielfältigste Weise dem SED-Regime die Stirn geboten haben, können nicht verstehen, durch ein derartig fragwürdiges parlamentarisches Verfahren und dem daraus resultierenden Gesetz rententechnisch zu den Verlierern der deutschen Einheit abgestempelt zu werden.

Hoffnungsvoll bewerten wir daher die Vorort-Begegnung mit unseren Kameraden, die Ihnen unser Anliegen persönlich vortragen durften, insbesondere Ihr Versprechen, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

In unserem Bemühen um Nachhaltigkeit in dieser grundlegenden Frage erlauben wir uns, Ihnen eine CD mit einem MDR-Sendebeitrag zu diesem Thema vom 21. März 2017 zukommen zu lassen. Wir glauben, dass dieser Bericht unser Anliegen einleuchtend und realistisch widerspiegelt und hoffen inständig, dass Sie sich als Bundeskanzlerin dieser Angelegenheit annehmen und diesem eklatanten Vertrauensbruch gegenüber 300.00 Bürgern unseres Landes mittels Ihrer Richtlinienkompetenz endlich aus der Welt schaffen.

Für Ihre erneute Kandidatur als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland wünschen wir Ihnen viel Stehvermögen; Gesundheit und Erfolg.

Felix Heinz Holtschke

Peter Hippe

Anm.: Die VOS dankt den Verfassern des Briefes.

Konsequent, zuverlässig, sympathisch

Dr. Wolfgang Mayer verstarb am 2. Oktober mit nur 67 Jahren

Dr. Wolfgang Mayer, Politikwissenschaftler und Diplom-Lehrer, der am 9. September 1988 mit 17 ausreisewilligen DDR-Bürgern aus Ilmenau in Thüringen die Dänische Botschaft in Ostberlin besetzt hat, ist am 2. Oktober in Speyer/ Rheinland-Pfalz seinem langjährigen Krebsleiden erlegen.

Geboren am 20. Januar 1950 im Vogtland als Sohn aus dem Sudetenland geflüchteter Eltern, erwarb er 1968 an der Erweiterten Oberschule Fritz Heckert in Zeulenroda das Abiturzeugnis und zugleich den Facharbeiterbrief als Maschinenbauer. Danach

arbeitete er als Postangestellter und verrichtete den „Ehrendienst“ bei der „Nationalen Volksarmee“ im Nachrichtensektor. Von 1970 bis 1975 studierte er Pädagogik an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg, das er mit dem akademischen Grad eines „Diplom-Lehrers“ abschließen konnte. Anschließend war er bis 1986 in Ilmenau und in der Kreisstadt Hildburghausen/Thüringen als Lehrer in den Fächern Mathematik und Polytechnik eingesetzt. Ein Antrag, in Afrika als Entwicklungshelfer arbeiten zu können, wurde vom Ministerium für „Staatsicherheit“ abgelehnt.

Am 10. März 1987 stellte Wolfgang Mayer für sich, seine Frau und die beiden Kinder einen Ausreiseantrag mit der Bitte, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln zu dürfen, was mit der fristlosen Entlassung aus dem Schuldienst, also mit Berufsverbot, beantwortet wurde, sein Personalausweis wurde eingezogen und durch ein Ersatzdokument ersetzt. Von 1987 an bildeten Wolfgang Mayer und eine Reihe Ausreisewilliger in Südthüringen eine oppositionelle Gruppe, die am 9. September 1988 die Dänische Botschaft in Ostberlin besetzte, weil vier Tage später Dä-

nemarks Ministerpräsident Poul Schlüter zu einem Staatsbesuch erwartet wurde. Botschafter Erich Krog-Meyer verständigte daraufhin die DDR-Regierung, die in der Nacht um 2.30 Uhr zwei Dutzend MfS-Leute in das Botschaftsgelände, das exterritoriales Gebiet war, eindringen und die DDR-Leute verhaften ließ. Die 13 Erwachsenen wurden zwölf Stunden lang verhört, die fünf Kinder in ein Heim der „Staatsicherheit“ verbracht. Später wurden die Flüchtlinge zu mehrjährigen Gefängnisstrafen „auf Bewährung“ verurteilt und durften am

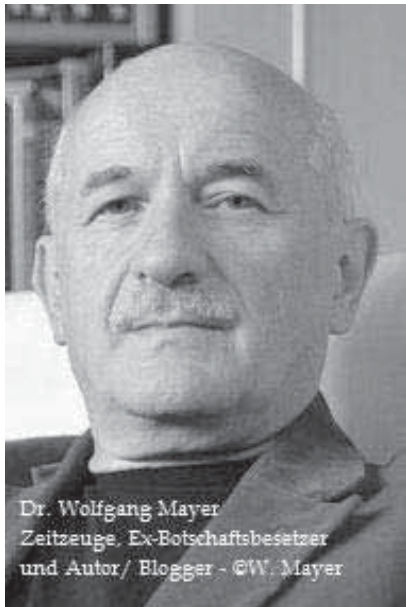
22. März 1989 ausreisen.

Wolfgang Mayer nahm seinen Wohnsitz in Cochem an der Mosel und verarbeitete seine Erfahrungen mit der Ausreise in den beiden Büchern „Dänen von Sinnen“ (1990) und „Die mit dem Storch zogen“ (1992) und zog nach Bonn, wo er 1995/98 bei Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter Politikwissenschaft studierte und mit einer Arbeit „Flucht und Ausreise“ (Buchausgabe 2002) in der Beurteilung „magna cum laude“ promoviert wurde. Inzwischen war er auch, nach fünfmonatigem Sitzstreik vor dem Erfurter Kultusministerium, wieder in den Thüringer Schuldienst eingestellt worden.

Wolfgang Mayer war einer von uns, der als Referent durchs Land reiste und die unwissenden Westdeutschen in Vorträgen und Podiumsdiskussionen über DDR-Zustände aufklärte. Deshalb gründete er auch 2007 im INTERNET das Diskussionsforum „Flucht und Ausreise“ mit Hunderten von Beiträgen, das jetzt von seiner Frau Marika weitergeführt wird.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Die VOS spricht hiermit den Hinterbliebenen von Wolfgang Mayer ihr tiefes Beileid und unser aller Mitgefühl aus.



Die VOS-Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz trauert um

Reinhard Künne

Am 25. August 2017 verstarb unser Freund und Kamerad Reinhard Künne nach 16-jährigem, tapfer ertragenem Kampf gegen eine heimtückische Krankheit im Kreise seiner Familie.

Wir sind ihm wegen seines langjährigen Einsatzes für den Aufbau und Erhalt der Bezirksgruppe Mainz-Wiesbaden außerordentlich dankbar und trauern mit der Familie, der unser tiefes Mitgefühl und unsere Anteilnahme gilt.

Unsere Landesgruppe wird Kamerad Künne als treuen, zuverlässigen und engagierten Mitstreiter für unsere Sache in guter Erinnerung behalten.

Der Vorstand

*Arno Selten und Gerd Franke
Bundesvorstand der VOS*

Abschiedsworte

Für Wolfgang Mayer

Mit Wolfgang Mayer hat mich vieles verbunden, und unsere gegenseitige Wertschätzung war hoch. Immer hatten wir dieselben Ziele, die hauptsächlich in der Besserstellung der SED-Opfer und in der gründlichen Aufarbeitung der Diktatur bestanden. Wolfgang war trotz seiner umgänglichen, mitunter jovialen Art ein hervorragender Kämpfer. Er ist nicht vor der öffentlichen Meinung zurückgewichen, die Gerichte und Behörden haben ihn nicht klargekriegt, und er ist nicht vor hohen Politikern eingeknickt. Seine Aktionen, mit denen er für sich und für andere gekämpft hat, waren im Grunde simpel, und doch waren sie beispiellos, weil sie in dieser Art und mit dieser Konsequenz keine Neuauflage fanden. Johannes Rau, damals Bundespräsident, die Erfurter Gerichte und die Landesschulämter bekamen das drastisch zu spüren.

Auch gegen seine schlimme Krankheit hat er sich mit Mut und Konsequenz gewehrt. Ich hatte ihm den Sieg gerade hier gewünscht. Leider wurde der Wunsch nicht erfüllt. Was bleibt, ist Trauer, aber auch Dankbarkeit.

ARK

Ideenreichtum und Kunst prägen dieses Mahnmal

Die StVE und Gedenkstätte Cottbus sorgt nach sechs Jahren umfangreicher Vorbereitung für ein besonderes Gedenken an Maueropfer

Endlich war es soweit: Das Mahnmal für die Opfer, die an der Mauer in Berlin den Tod fanden, konnte im Menschenrechtszentrum Cottbus im Areal der ehemaligen Haftanstalt eingeweiht werden. An dieser unrühmlichen Stätte wurden zahlreiche politische Häftlinge der DDR „verwahrt“, die Schreckenstaten einiger besonders berüchtigter Wachleute sind hinlänglich bekannt. Einmal im Jahr erfolgte dann die Verlegung eines Teils der Häftlinge aus Cottbus nach Brandenburg in das dortige Zuchthaus. Von Brandenburg gingen jeden Monat Transporte mit etwa 20 Ausreisewilligen per LKW nach Chemnitz (damals noch Karl-Marx-Stadt), wo sich in der Haftanstalt am Kaßberg auch das Abgangslager befand und von wo die Busse in Richtung Gießen abfuhrten.

Leider hat es volle sechs Jahre vom Planungsbeginn bis zum 13. August 2017, dem Tag der Einweihung, gedauert, ehe der lang erwartete Schritt vollzogen wurde. Erfreulicherweise ist es der Künstler Gino Kuhn von der VOS, dem der Entwurf zu dem Mahnmal zu verdanken ist und der bei der Realisierung mitwirkte. Kuhn, der selbst in dieser StVE eingesessen hatte, hat den Auftrag zur Gestaltung des Mahnmals sehr ernst und auch als sehr persönliche Angelegenheit ge-

nommen. Obwohl im Westen sozialisiert, weiß er, wie in der DDR die Haft „geschmeckt“ hat. Bis heute geht ihm das Schicksal jedes einzelnen Maueropfers – es wird namentlich an 207 Tote erinnert – sehr nahe.

Gino Kuhn, der ursprünglich aus Waldürn in Baden-Württemberg stammt, war in den 1970er Jahren nach West-Berlin umgezogen. Von dort aus engagierte er sich in der Fluchthilfe und wurde gefasst. Das Bezirksgericht in Cottbus verurteilte ihn kurzerhand zu sechs Jahren Haft.

Seit langer Zeit ist er nun in der VOS aktiv und leistet mit seinen Bildern, die zumeist von bedrückenden Haftmotiven geprägt sind, einen wesentlichen Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung.

Immer wieder wurden seine Arbeiten durch Ausstellungen in Regierungsgebäuden gewürdigt, wo-



bei die Eröffnungen im Beisein von Spitzenpolitikern stattfanden.

In Vorbereitung der Einweihung des Mahnmals am 13. August 2017 konnten Interessierte und Unterstützer einzelne Mauerziegel erwerben, in die jeweils der Name eines Todesopfers eingegraben war. Insgesamt wurden 272 freundliche Spenderinnen und Spender aktiv, wodurch – auch durch das Inkrafttreten von weiteren Fördermaßnahmen – ein Betrag von 24.000 € zusammen kam.

Hugo Diederich

Die Antwort auf die Buchvorstellung lautete spontan: VOS-Beitritt

Unsere neu beigetretene Kameradin nahm prompt zur Bezirksgruppe von Gerd Franke Kontakt auf

In der letzten Fg-Ausgabe berichteten wir in der Buchrezension „Das lässt einen nicht mehr los“ (Nancy Aris, LStU Sachsen) über Haftopfer der SBZ/DDR.

Eines dieser Opfer war eine (damals) junge Frau aus Sachsen, die sich in einen Offizier der sowjetischen Truppen verliebte und von diesem in Alter von 15 Jahren ein gemeinsames Kind bekam. Nun meldete sich dieses „Kind“ überraschend und erklärte mit dem nachstehenden Statement prompt den Beitritt zur VOS:

Hallo liebe Kameraden, denke, das war schon lange fällig. Dadurch, dass ich im Ausland gelebt habe und später krankheitsbedingt auch viel beschäftigt war, konnte ich meine Mutter nicht mehr oft begleiten. Musste viel absagen.

Mich interessierte, wer hier im Mainzer Raum zuständig ist für die VOS, und so erhielt ich die Adresse von Gerd Franke, zu dem ich rasch Kontakt aufnahm.

Gerd nahm mich gleich mit zur Niederlegung des Blumengebüsches am 16. Juni, dem Vorabend des Volksaufstandes von 1953, dessen Opfer wir gemeinsam ehrten. Anschließend saßen wir noch in einer netten Runde beisammen, um uns kennenzulernen.

Beste Grüße – BD

Seitens der VOS dürfen wir die neu beigetretene Kameradin herzlich begrüßen. Im Bundesland Sachsen, in dem die Opfer durch den LStU-Beauftragten Lutz Rathenow und dessen Behörde gut betreut werden, haben wir einen starken Landesverband. Dies zeigt sich nicht nur an der hohen Mitgliedszahl und der guten Arbeit der Landes- und Bezirksgruppenvorsitzenden. Hier werden regelmäßig Gedenkveranstaltungen durchgeführt, zu denen auch Politikerinnen und Politiker erscheinen. Und der Kampf um die Gedenkstätte am Kaßberg wird unverdrossen geführt. Tom Haltern

Eine Art des Erinnerns als Wissensvermittlung in der Zukunft

Bützow-Forum diskutiert und weist geeignete Wege bei der Überlieferung der Geschichte

Das Bützower Treffen, das an sich für ehemalige politische Häftlinge des sozialistischen Regimes der SED – echte Zeitzeugen – eingerichtet wurde, fand in diesem Jahr zum 15. Mal statt. Indessen, den Rahmen und den Inhalt eines Wiedersehens und Gedenkens hat dieses Treffen längst gesprengt. Und das ist gut so, denn wie an anderen Orten auch nimmt die Zahl der Zeitzeugen allmählich ab. Selbst wer als einstiger Insasse noch am Leben ist, ist oft genug nicht mehr reisefähig. Umso wichtiger ist es, dass das Gedenken und das Nachdenken auf andere Weise erhalten bleibt und die jungen Generationen gezielt, aber unaufdringlich ge-

Memoriale e. V., die Stadt Bützow, wobei die Initiative Krummes Haus Bützow unterstützend mitwirkte. All diesen und den Dozenten und weiteren Aktiven sei im Namen aller SED-Opfer und natürlich der VOS herzlich gedankt. Die Idee, das authentische Wissen, das sich auf Zeitzeugen beruft, ohne deren Anwesenheit zu vermitteln, dürfte auch den Zeitzeugen selbst nützen. Liegt es doch in deren Interesse, die persönlichen Schicksale und Leiden über den Tod hinaus festzuhalten und weiterzugeben. In diesem Zusammenhang rückt freilich auch die Forderung nach dem Aufzeichnen der Berichte in den Fokus. Wir hatten in der Fg über die Ton-

den erfolgreich abgeschlossen. Weitere Anträge erfolgten auf Haftentschädigung (12.900) und auf Ausgleich (13.000) wegen beruflicher Benachteiligung.

Für die VOS nahmen unsere verdienten Kameraden Rainer Buchwald und Siegfried Jahnke (Foto 1. und 2. v. r.) an dem Treffen teil. Dabei war auch Kamerad Dr. Klopff (Foto rechts), ebenfalls Mitglied der VOS. Kamerad Dr. Klopff wies im internen Gespräch auf die Forderung hin, die unser Verband seit längerem vertritt: Endlich die Übertragbarkeit der Opferrente auf Hinterbliebene zu ermöglichen. Er fürchtet, wenn er versterben sollte, dass seine Frau, die bislang keinen Anspruch auf die Opferrente hätte, dann Sozialempfängerin werden müsste. Dabei hat sie ihr Leben lang das Schicksal ihres Mannes mittragen müssen. V. Bosse



schichtliches Wissen erfahren und dass diejenigen, die für die Vermittlung selbigen Wissens verantwortlich sind, die geeigneten Wege der Präsentation finden. Somit stand das diesjährige Treffen nicht nur im Zeichen des Erinnerns und Gedenkens, sondern es wurde auch offen über didaktische Methoden und Ziele diskutiert. Das Bützower Häftlingstreffen präsentierte sich demnach als „Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ mit dem Ziel des „Erinnerns für die Zukunft“. Diejenigen, die zu diesem Treffen einluden, waren die Friedrich-Ebert-Stiftung MVP, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Landeszentrale für politische Bildung, die Politische

träger-Serie des Senders WDR 5 berichtet, in der Melanie Kollatzsch 30 Minuten über die Haft berichtet. Hier erfährt man, wie Erlebtes, das erzählt wird, wesentlich tiefer unter die Haut gehen kann als schriftliche Aufzeichnungen. Dies ist eine verallgemeinerungsfähige Methode.

Wichtig ist dabei die Rolle der Politiker. Katy Hoffmeister, Justizministerin in MVP, wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass im vorigen Jahr monatlich noch 35 Anträge auf Rehabilitierung und Opferrente eingingen. Und dies 27 Jahre nach der Wiedervereinigung. Insgesamt wurden in MVP etwa 12.700 Anträge nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestellt, mehr als 6.000 davon wur-

Die Wahrheit nun auf Dänisch nachlesbar

Bützow-Dreilinden-Schicksale wurden endlich übersetzt

In Dänemark mag man den Namen Dreierbergen-Bützow ausschließlich mit der Zeit des „Dritten Reiches“ verbinden, da im Zweiten Weltkrieg eine Reihe dänischer Bürger in den dortigen Strafanstalten inhaftiert waren. Nun ist es dem dänischen Übersetzer und Verleger Henning Gram Møller zu danken, dass im Nachbarland Dänemark auch die Verhältnisse im Zuchthaus Bützow-Dreierbergen im ersten Jahrzehnt der DDR thematisiert werden. Gleich zwei Bücher bringt er diesen Sommer heraus, die am Beispiel der Haftgruppe der Zeugen Jehovas jeweils die Situationen im Männerzuchthaus und im Frauenzuchthaus beleuchten. Møller übersetzte die Aufzeichnungen von Meta Kluge und Ewald Kaven sowie die wissenschaftlichen Beiträge in den beiden Publikationen. Beide Bücher sind in Deutschland inzwischen vergriffen.

Links mit Informationen zu den dänischen und deutschen Ausgaben: <http://www.gramma.dk/produkt/for-dagen-vil-komme-hvor-vi-er-fri/>. Einige aufschlussreiche Rezensionen auch im Internet bei Amazon. Falk Bersch

Ist man schon „rechts“, weil man sich sichere Straßen wünscht?

Seit der Wahl halten viele Menschen in Deutschland die Neuen Bundesländer erst recht für gefährlich

Die Wahl im September hat einmal mehr gezeigt, dass in diesem Land manches von den Medien und der Politik recht einseitig bewertet und beschuldigt wird. In den Neuen Bundesländern wählt man immer weniger CDU und SPD, stattdessen die AfD. Weil man sich nicht anders zu helfen weiß, spricht man daher von einem Rechtsruck und dass man sich, vor allem in Sachsen, nicht mehr sicher fühlen könne. Nicht zuletzt sind dort die Kanzlerin und vormals auch Herr Gauck mit Schmäh- und Hau-ab-Rufen bedacht worden. Dieses *Argumentation* erfolgt in einer Art, als bestünde hier Gefahr für Leib und Leben, und dies nicht für Politiker, denn die haben ja ihre Bodyguards, sondern für jedermann.

Die Folgen sind bekannt: In Sachsen, voran in Dresden, sind die Besuche an Touristen zurückgegangen. Ob man's glaubt oder nicht, geben Bürger aus den Alten Bundesländer zu bedenken: „Ich habe Angst, dorthin zu fahren. Wenn ich im Fernsehen die Bilder sehe und das höre, was die Leute von sich geben, fürchte ich um meine Sicherheit.“

wie Kriegszustände wirken. Angst macht uns Bürgerinnen und Bürgern vor allem, dass keine Aufarbeitung erfolgt ist und kaum Konsequenzen gezogen wurden. Der tobende Mob konnte nach der Gewaltorgie nahezu unbehelligt abziehen. Verantwortlich gemacht wurde dann im Nachhinein die Polizei in einer recht widersinnigen Weise: Zum einen habe sie nicht hart genug durchgegriffen, zum anderen hätte sie zu hart durchgegriffen hat.

Auch dies: In Berlin finden seit Jahren zum Ersten Mai Demonstrationen statt, in deren Nähe man sich besser nicht wagt, denn auch hier herrscht Gewalt. Polizei und Politiker sind zwar vorgewarnt, und doch wird wenig unternommen, um diese Schlachten abzustellen und die Gewalt aus der Stadt und aus unserem Land zu verbannen.

Und wer in Berlin die Busse des öffentlichen Stadtverkehrs fahren sieht, der reibt sich zuweilen die Augen, denn solche Busse tragen immer mal wieder in Großbuchstaben die Aufschrift: Liebe Schwaben, wir bringen euch gerne zum Flughafen. (Foto)

tus und Herkunft des Täters sind bekannt. Man muss es nicht wieder ausbreiten. Es ist abscheulich, und es wurde, weil es sich nicht verhindern ließ, auch darüber berichtet.

Aber niemand sagt, da fahre ich in Zukunft lieber nicht mehr hin. Nach Hamburg, Berlin, Freiburg. Die Gefahr lauert ja vielmehr in Sachsen, dort herrscht rechtes Gedankengut, und deshalb wählen dort die Leute AfD. *T. Haltern*

Am 23. September 2017
verstarb im Alter von 92 Jahren
unser Kamerad

Prof. Gerhard Meinl

Kamerad Gerhard Meinl war seit dem 1. Januar 1992 Mitglied in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und leistete in der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern wichtige Arbeit.

Wir verlieren mit ihm einen zuverlässigen Kameraden, der den Verband stärkte und für viele ein Vorbild war.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

*Der Bundesvorstand der VOS
Landesgruppe MVP*



So weit so gut, es herrscht Meinungsfreiheit in Deutschland, zum Glück, denn die DDR mit ihren Verboten gibt es nicht mehr; und jede und jeder kann hinreisen, wohin er (oder sie) will (oder nicht hin will).

Aber was ist mit Hamburg, was ist mit Berlin-Kreuzberg?

In Hamburg herrschten in diesem Frühjahr Zustände, die einem dann wirklich Angst machen. Und nicht nur die Auswüchse der Gewalt, die

Das ist eine Art „Un- Willkommenskultur“, die krampfhaft verschwiegen wird und die, wenn man auf sie hinweist, einen selbst in Misskredit bringt. „Du bist rechts“, heißt es, oder „sowas kommt eben vor. Deswegen kann man trotzdem nach Hamburg oder Berlin fahren. Sind doch schöne Städte.“

Freiburg (in BW) ist ja auch eine schöne Stadt. Dort wurde in diesem Jahr eine junge Frau vergewaltigt und getötet. Die Umstände um Sta-

Das ist eine erfreuliche Nachricht!

*Zuschuss für VOS durch den
Landesbeauftragten Sachsen*

Auch in diesem Jahr erklärt sich der Landesbeauftragte für die Unterlagen des früheren MfS bereit, die VOS, insonderheit, das Erscheinen der Freiheitsglocke durch einen finanziellen Beitrag zu unterstützen. Es versteht sich von selbst, dass die Fg künftig – auch über selbigen Zuschuss – über die Geschehnisse in Sachsen, die die politische Situation und die Arbeit des Opferverbandes betreffen, berichten wird.

Ungeachtet dessen geht ein herzlicher Dank an die Behörde und ihren Leiter, Kameraden Lutz Rathenow. Für die VOS ist jede finanzielle Hilfe sehr wichtig.

Bundesvorstand, Redakteur

Der positive Aspekt war die Gründung der VOS 1950 in Westberlin

Doch das Schreckliche jenes Geschichtsabschnitts darf nie in Vergessenheit geraten

Am 16. September fand im Ausstellungsgebäude des Speziallagers Gedenkstätte Buchenwald eine Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Buchenwald 1945 – 1950 e. V. aus Anlass der Einrichtung dieses sowjetischen Speziallagers vor 72 Jahren und des 67. Jahrestages seiner Auflösung statt. Neben der Kustodin Julia Landau, der Vorsitzenden der Initiativgruppe 1945 – 1950 e. V. Heidrun Brauer, dem Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen Christian Dietrich, dem Vorsitzender des Häftlingsbeirates für das ehemalige sowjetische Speziallager Nr. 2 Rolf Staudte, die jeweils Grußworte oder Ansprachen hielten, nahm auch Wolf-Dieter Meyer, stellv. Vorsitzender des Landesverbandes der VOS Thüringen teil, der in einer inhaltlich wichtigen Rede noch einmal die Geschichte des Speziallagers und das Schicksal der Insassen darstellte. Die Rede ist nachstehend abgedruckt.

Wenn wir vom 8. Mai 1945 als dem Tag der Befreiung sprechen, können wir das Aufatmen der Mehrheit unserer Bevölkerung, die der Kriegsgeneration angehörte, nachempfinden. Trotz anfänglichen Verständnisses für die Opfer, die die sowjetischen Völker im Zweiten Weltkrieg erdulden mussten, wurde im Laufe eines halben Jahrzehnts aber auch deutlich, dass sich die Diktaturen des Nationalsozialismus und des Stalinismus in vielfacher Weise glichen oder ähnelten. Dieser Flecken Erde, Buchenwald bei Weimar, liefert einen Beweis dafür. Nach der Befreiung des KZ Buchenwald und dem Abzug der 3. USA-Armee aus Thüringen bereitete die sowjetische Besatzungsmacht die Nutzung des Lagers als sogenanntes Speziallager Nr. 2 für politische Gefangene der damaligen GPU, später MWD und letztendlich NKWD vor.

Ab dem 12. August 1945 konnte die Infrastruktur des Lagers genutzt werden. Die Inhaftierung begann.

Zunächst wurden Verhöre vorgenommen, die oft unter Anwendung von Folter stattfanden. Fanden sich dabei Anhaltspunkte, die den so-

wjetischen Sicherheitskräften verdächtig vorkamen, folgten Verfahren vor deren Tribunalen. So wurde das Speziallager zunehmend zur Internierung von vorgeblichen Nationalsozialisten, Mitläufern und vermeintlichen Kriegsverbrechern verwendet.

Gemäß der stalinistischen Herrschaft des Terrors gegen Andersdenkende wurden in der Zeit von 1945 bis 1950 auch immer Sozialdemokraten, mehr Bauern, Junker und andere vermeintliche oder tatsächliche Gegner des entwickelten SED-Regimes interniert, darunter auch ehemalige Insassen des vormaligen KZs sowie willkürlich Denunzierte, der Zusammenarbeit oder Sympathie mit dem Westen Verdächtige sowie etwa 5 % Jugendliche.

Den Machthabern ging es insbesondere auch um die Verfolgung Missliebiger aus dem Bürgertum, die zur Durchsetzung des Arbeiter- und Bauernstaates ausgeschaltet werden sollten.

Zunächst wurden 1945 3.000 Menschen aus Arnstadt, Erfurt, Jena und Weimar in das Speziallager gebracht. 1946 kamen 4.000 Häftlinge und 1947 weitere 4.015 vorwiegend aus brandenburgischen Lagern hinzu. Insgesamt waren im Speziallager Buchenwald bis 1950 etwa 28.000 Menschen inhaftiert, davon etwa 1.000 Frauen nebst einigen neugeborenen Kindern.

7.000 Menschen starben infolge unzureichender Ernährung und unbehandelten Folgeerkrankungen wie Dystrophie, Ruhr, Tuberkulose und Typhus. Die Leichen wurden am Rande des Lagers in Massengräbern verscharrt. Bereits am 8. Februar 1947 aber wurden mehr als 1.000 internierte in das kasachische Arbeitslager Karaganda verbracht. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Speziallager Buchenwald 15.000 Internierte erfasst.

Buchenwald war ab August 1945 kein Arbeitslager im eigentlichen Sinn, wenn man von der Erhaltung der Buchenwaldbahn absieht.

Das Fehlen jedweder Beschäftigung sollte die völlige Isolation von der Außenwelt verstärken. Im November 1945 wurden bereits

Dunkelzellen, sogenannte Isolatorien, errichtet. Am ersten Weihnachtstag 1945 wurden alle Brotrationen gestrichen.

Am 14. Januar 1950 teilte der Vorsitzende der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, Tschuikow, Walter Ulbricht mit, dass mit Bautzen, Sachsenhausen und Buchenwald die letzten Lager aufgelöst würden. Bei der Entlassungsaktion wurden die zu Entlassenden von der sowjetischen Besatzungsmacht an die deutsche Landespolizei übergeben.

Auf den Entlassungsscheinen, die vom Landespolizeichef des Landes Thüringen ausgestellt wurden, trat die Besatzungsmacht nicht in Erscheinung.

2.154 Häftlinge wurden am 9. und 13. Februar nach Waldheim gebracht, wo sie im Schnellverfahren zu langjährigen Haftstrafen sowie in 32 Fällen zum Tode verurteilt wurden.

Die Schauprozesse fanden ohne Rechtsgrundlage statt, und die Urteile standen in stalinistischer Verfahrensweise bereits vorher fest.

Dem Schluss dieses Vortrages möchte ich einen positiven Aspekt hinzufügen.

Aus den Reihen der vorzeitig entlassenen Häftlinge, wenn auch vor allem aus Lagern in Brandenburg und einigen Kriegsgefangenen, wurde am 9. Februar 1950 in Westberlin die Vereinigung der Opfer des Stalinismus gegründet. Unsere Vereinigung ist somit neben dem Häftlingsbeirat eine Organisation, die seit 67 Jahren Fakten zur Aufarbeitung der II. Diktatur auf deutschem Boden beisteuern kann.

Ihre intensiv und selbstdurchlebten Erfahrungen mit der Diktatur sollten nicht der Vergessenheit anheimfallen. *Wolf-Dieter Meyer*

Anm.: Zu den Gründern bzw. ersten Vorstandsmitgliedern der VOS gehörten Hermann Kallweit und Gerd Duwe. Später wurde Hermann Köhler über mehrere Wahlperioden Bundesvorsitzender der VOS und anschließend deren Bundesgeschäftsführer. Die Freiheitsglocke erschien erstmals 1951. Nachzulesen in der Festschrift zum 50. Jahrestag des Verbandes.

Schülergeneration wird einbezogen

Bernd Pieper begleitet als kompetenter Zeitzeuge ein Theaterprojekt in Ostwestfalen

Neue Wege in der Zeitzeugen-Arbeit geht unser Kamerad Bernd Pieper aus Gütersloh. Er wurde über seinen Internetauftritt im Zeitzeugenprogramm der Hohenschönhausen-Stiftung Gymnasium in Bünde (Ostwestfalen) um die Teilnahme an einem Projekt zum Thema "Zeitzeugentheater" gebeten. Die Realisierung hat inzwischen begonnen, und man darf gespannt sein, wie sich alles entwickelt.

Seitens unseres Verbandes begleiten Bernd Pieper und die Bündener Theater AG alle guten Wünsche. Die Fg wird über das Gelingen weiter berichten. VB

Gratulation zum 65.

Verband und seine Mitglieder wünschen Lutz Rathenow weiter alles Gute

Im September beging der Landesbeauftragte Sachsens seinen 65. Geburtstag. Hierzu übermitteln wir im Namen der VOS – nicht nur des Landesverbandes Sachsen - herzliche Glückwünsche.

Unser Verband dankt zu diesem Anlass für die bisherige umfassende Unterstützung.

Bundesvorstand, Redakteur

Es muss nicht immer Trump sein ...

Werner Juretzko hat mal wieder ein interessantes Thema

Über Werner Juretzko, ehemaliger politischer Häftling und geborener Schlesier, berichteten wir schon oft. Er hat viel für die Aufarbeitung des kommunistischen Gewaltregimes getan und durch seine Zeitzeugenarbeit in Ausstellungen und Museen informiert. Oft genug waren hochrangige Politiker oder Manager dabei, die seinen authentischen Darstellungen und Fotos lauschten. Nun, da der Kalte Krieg zwischen den großen Blöcken aufgehört hat, ist Kamerad Juretzko mit einem langen Bericht über die NS-Zeit in die Öffentlichkeit gegangen. Darin schildert er die Suche nach Schätzen im Raum Thüringen. Man darf auf Ergebnisse gespannt sein. VB

Licht geben, nachdem wir es selbst erlangten

Im Namen von Religionen wird und wurde Gewalt ausgeübt

Das Leben hat den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft übel mitgespielt. Aber allen sei Trost ausgesprochen, und abgerechnet wird zum Schluss. Keine gute Tat oder Absicht wird je vergessen.

Die Informatiker bestätigen diese urchristliche Sichtweise wissenschaftlich. Nichts geht verloren. Natürlich müssen wir das HIER und HEUTE zum Besseren verändern. Jeder Musiker, jeder Künstler versucht es, sogar die meisten Politiker. Aber!, wirklich geschehen kann es nur wenn wir uns selbst bessern. Wir selbst müssen aktiv bleiben, Licht geben, nachdem wir es erlangten, auch wenn heute viele Leute versuchen, das Licht auszuschalten. Das ist der eigentliche Zweck aller und sollte unser Bestreben sein, um aller Opfer, Gezeichneten, ... der kommunistischen Gewaltherrschaft gerecht zu werden.

Ich weiß, gerade die religiösen Menschen haben oft genug das Licht gelöscht. Das ist ja der Grund warum ich "Atheist" und ganz bewusst kein Katholik oder Protestant bin, auch kein Hindu oder Muslime. Sie haben alle irgendwann Gewalt geübt.

Noch im Jahr 1860 zwangen die Engländer, Franzosen, Russen und andere dem damals besiegten China den Opiumhandel auf und legten im Vertrag zu Tienjan zugleich fest, China habe sich für die Missionierung zu öffnen.

Ist es nicht wahr, dass den Aborigines die Kinder entwendet wurden um sie zu Christen zu machen? Ist der latente Antijudaismus nicht das Produkt kirchlicher Predigten, seit Jahrhunderten? War es nicht eine Schande was Luther in Bezug auf Juden forderte? Ist die Missionsgeschichte der christlich ökumenischen Christenheit die nach 1820 erst richtig loslegte, ein einziges Mahnmal für Verkommenheit?

Andre Rohloff

Andreas Kaiser meint: Bei der Wahl gilt es genau hinzuschauen, wie mal wieder aktuell gelogen wird. Lehrmeister ist die SED!

Ansatzpunkte sind für uns gefunden

Wahlprüfsteine wurden kurz vor der Wahl beantwortet

Der Bundesvorstand hat die demokratischen Parteien, die noch nicht ordnungsgemäß auf unsere Wahlprüfsteine geantwortet hatten, am 15. September 2017 noch einmal angeschrieben und sie gebeten, unsere Forderungen in die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Von den Grünen hatten wir bereits eine gute Antwort bekommen. Darüber wurde in der letzten Freiheitsglocke berichtet.

Erstaunlicherweise kamen nun von der CDU, der CSU und der FDP sehr schnell Antworten, die nachstehend im Hinblick auf ein mögliches „Jamaika-Bündnis“ zusammengefasst sind. Hier sollte uns einiges positiv stimmen.

Beispiele:

- In der Freiheitsglocke wurde darüber berichtet, dass wir des Öfteren in diesem Jahr demonstriert haben. Es geht um das Rentenüberleitungsgesetz, welches die Erwerbsbiografie von vor 1990 in der Bundesrepublik lebenden Personen, die aus der DDR kamen, wieder zu DDR Bürgern abstempelte. Dies sind im Rentenalter teilweise herbe Verluste von mehreren 100 €. Die Bundesregierung sperrte sich bisher. Die FDP und die Grünen haben jetzt mit ihren Antworten ein kleines Signal gesandt, hier im Sinne unserer Forderungen wieder Bewegung ins Spiel zu bringen.

- Bei der Beweislastumkehr und der Frage Haftschädigung oder nicht?, haben nicht nur wir als Opfer berechnete Zweifel, ob Nachteile einer Schädigung heute überhaupt noch möglich sind und deshalb eine realistische Anerkennungspraxis anders erfolgen soll. Reden könnte man auch um eine allgemeine Erhöhung der Opferrente, um auch gesundheitliche Schäden pauschal abzugelten.

- Bei der Frage zur Opferrente/ Ehrenrente, die tatsächlich eine Sozialrente ist, antwortet die FDP: Diese sollte unabhängig vom Einkommen sein.

Damit sind Ansatzpunkte für unser Vorgehen gefunden. Keine Rückmeldung erhielten wir allerdings von der SPD. H. Diederich

Er hielt sich für den größten lebenden Sozialist auf deutschem Boden

Vor 30 Jahren besuchte Erich Honecker die Bundesrepublik, bald folgte der Sturz in den Abgrund

Es ist erst dreißig Jahre her, und doch wünschte so mancher Beteiligte, jener Besuch hätte im vorvorigen Jahrhundert ober besser gar nicht stattgefunden: Erich Honecker zu Gast in der Bundesrepublik Deutschland, die in seinem und dem Jargon der Genossen abfällig „BRD“ genannt wurde. Dennoch, Politiker aus den Regierungen von Bund und Ländern, auch einige Wirtschaftsbosse, rissen sich quasi um die Teilnahme an den Audienzen des DDR-Herrschers. Lediglich die VOS, damals mit Richard Knöchel an der Spitze, wies mit großen Plakaten unerschrocken auf die Wahrheit hin, vor der dann nach genau drei weiteren Jahren niemand mehr die Augen verschließen konnte: Zuviel Ehre für einen Ge-

beispiellos und nicht der schlimmste seiner Art. Den Rumänen Ceausescu, ein nicht minder gehasster Diktator, erwischte es bedeutend schlimmer, er wurde Todesopfer einer unaufhaltbaren Lynchjustiz. Die übrigen Regierungschefs des sozialistischen Lagers wurden abgedrängt, sie verschwanden in den jeweiligen Senken ihrer Länder. Wenig erfuhr man noch von ihnen, umso mehr jedoch von „EH“, aus dem mittlerweile ein armseliger Greis geworden war, von dem die einen nichts mehr wissen wollten und den die anderen verachteten. „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs‘ noch Esel auf.“ Ein Kalauer, mehr hatte der überzeugte Sozialist Honecker dem gesellschaftlichen Umbruch nicht

entgegenzusetzen. Nichts, aber gar nichts war an diesem hinfalligen Männlein, das hätte nach Respekt verlangen können. Aber auch nichts, das auf das vom ihm verordnete massive Unrecht, die Verbrechen von 45 Jahren kommunistischer Diktatur hingewiesen hätte. Es war, als sei von einer Nacht auf die nächste sein Gehirn endgültig abgestorben.

So peinlich dieser Mann nun selbst war, so peinlich war auch das verzweifelte Gezerre um seine Verantwortlichkeit für geschehenes Unrecht. Nicht Unrecht im Sinne von Unterschlagung oder Bereicherung, wiewohl auch jene rund 300.000 DDR-Mark, die er und seine Gattin auf ihren beiden Konten zu Buche zu stehen hatten,

hinsichtlich des Zustandekommens einer Aufklärung bedurft hätten. Nein, es waren Bluttaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Haftstrafen, aus politischen Gründen, Zwangsadoptionen, Zersetzungsmethoden übelster Art. Man kann einem Killerkommando, das nachts einem Michael Gartenschläger auflauert ebenso wenig wie dem Todesschützen von Chris Gueffroy beikommen, wenn der Hauptverantwortliche einen zweifelhaften Promi-Status um sich errichten kann, wenn ihn Vernehmer und Justiz wie zerbrechliches Por-

zellan behandeln. Sicherlich, die Welt hat teils mit Verständnislosigkeit reagiert, weil man einen alten, offenbar desorientierten Mann mit dieser vermeintlichen Härte vor ein Gericht stellte. Das hatte den Anstrich von Unmenschlichkeit. Doch man stelle sich vor, der Herbststurm der Zehntausende wäre nicht durch die Straßen von Leipzig oder Plauen gefegt. Dann wäre ja alles so geblieben, dann hätte der Greis weiter auf Flüchtende schießen und seine Stasi-Leute weiter das Volk in Furcht versetzen lassen. Dann wäre Honecker geblieben, wer weiß wie lange, und irgendwann hätte ihn Egon Krenz entmachtet, so wie es dieser „EH“ dereinst selbst mit dem vorigen, nicht minder unbeliebten Diktator Ulbricht gemacht hatte. *B. Thonn*

Die Lage ist günstig!

☒ Die Bundestagswahl ist vorbei, und vorausgesetzt, es gibt keine Neuwahlen, haben wir dann eine Regierung „Jamaika“. Das könnte für uns kein Nachteil sein, denn die grüne Partei hatte ja schon unsere Wünsche in ihr Programm weitgehend aufgenommen.

Meinem Schriftwechsel mit der FDP aus den vergangenen Jahren entnehme ich aus verschiedenen Äußerungen, dass diese Partei sogar für die Einführung einer Opferrente von 500 Euro war. Damit können wir davon ausgehen, dass die FDP unser Anliegen unterstützt. Also hätten wir Chancen auf zwei Ebenen. Ein weiterer Vorteil ist, dass der Staat zurzeit genügend Geld aus Steuereinnahmen hat, die zu verteilen sind.

Als Vorteil sehe ich auch, dass unser Verband neu aufgestellt ist und dadurch mit neuer Kraft unsere Anliegen vertreten wird. Wichtig ist, dass die richtigen Stellen und die richtigen Personen angesprochen werden und natürlich auch zum richtigen Zeitpunkt. Besonders ist auch darauf zu achten, wenn keine Antworten erfolgen „nachzuhaken“, denn nur so können wir verhindern, dass unser Anliegen „im Papierkorb landet“ und so ergebnislos bleibt. Ich wünsche dem Bundesvorstand bei der Bewältigung dieser Aufgaben viel Erfolg.

Karl-Heinz Genath



Andreas Kaiser: Totes Gehirn

fängnisdirektor. Denn das, was sich nach dem 40. Jahrestag des „größten Gefängnisses der Welt“ (so nannte Mario Röllig kürzlich die DDR in der Fg) um den bis dahin größten Sozialisten auf deutschem Boden abspielte, passte so gar nicht mehr zu den Jubelgesängen des September 1987 von Bonn und München. Lediglich FJS, dem Regierungschef von Bayern, blieb die Peinlichkeit erspart – das aber nur, weil er nach einem Jahr und einem Monat das Zeitliche gesegnet hatte.

Der Absturz des Erich Honecker war katastrophal, aber er war nicht

Studium mit ideologischer Peitsche

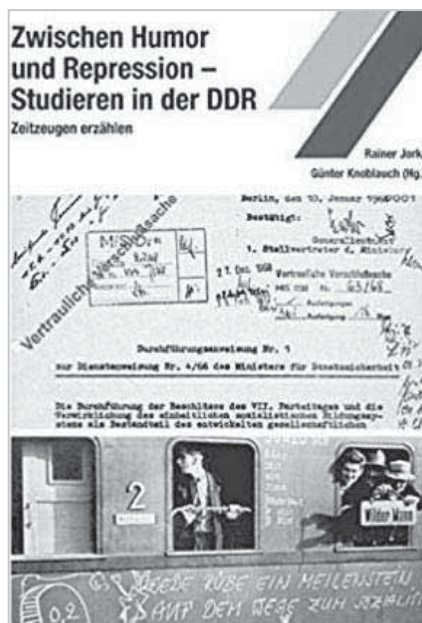
Zwischen Humor, Repression und Sozialismus

Die von Rainer Jork und Günter Knoblauch herausgegebene Anthologie „Zwischen Humor und Repression – Studieren in der DDR. Zeitzeugen erzählen“ erscheint zur Frankfurter Buchmesse im Mitteldeutschen Verlag. Anhand von 70 Erlebnisberichten – vorrangig von ehemaligen Studentinnen und Studenten aus Dresden – wird der Alltag aber mehr noch die politisch-ideologischen Nötigungen des Staates im Hochschulbereich quer durch die 40 Jahre DDR erlebbar.

Den Autoren ist es mit ihren lebendigen Erzählungen gelungen, nachfühlbar aufzuzeigen, wie die SED-Diktatur Lebensläufe prägte und, wo sie ihren Machtgestaltungsanspruch nicht durchsetzen konnte, diese auch zerstörte. Außerdem zeigen die Berichte von den Hochschulen in Dresden, Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Halle oder Erfurt auch die verschiedenen Verweigerungsarten der Studierenden.

Humor fehlt da nicht und ist nicht nur im Titel vorhanden. Der ehemalige Jenenser Student Lutz Rathenow schreibt trotz des drohenden und später erfolgten Rauswurfs rückblickend: „Der Ärger machte Spaß.“

Das Buch brilliert darüber hinaus durch weiterführende Erklärungen, die Herstellung historischer Bezüge, einen fulminanten Fußnotenapparat sowie eine immense Sammlung von Zeitdokumenten und Fotos. Es



regt auf mehrfache Weise zur Nutzung im Unterricht an (u.a. durch thematisch vertiefende QR-Codes).

Der Landtagspräsident und ehemalige Student Dr. Matthias Rößler unterstreicht die Bedeutung des Bandes: „Die versammelten persönlichen und damit subjektiven

Erfahrungsbe-

richte sollen dazu beitragen, den jüngeren Generationen einen Zugang in diese Zeit und die Studienbedingungen im 'real existierenden Sozialismus' zu verschaffen. Nicht zuletzt soll der für alle Beteiligten schwierige Weg von der ideologisch beherrschten 'Kaderschmiede' zur freien Lehre und Forschung nachzuvollziehen und die freiheitliche Demokratie als Chance zur Gestaltung des akademischen Deutschlands im 21. Jahrhundert wahrzunehmen sein. Mit dem 750-seitigen Buch findet ein mehrjähriges Projekt sein Ende, das auch vom Sächsischen Landesbeauftragten gefördert worden ist.

Maximilian Heidrich

Sachbearbeiter LStU Sachsen

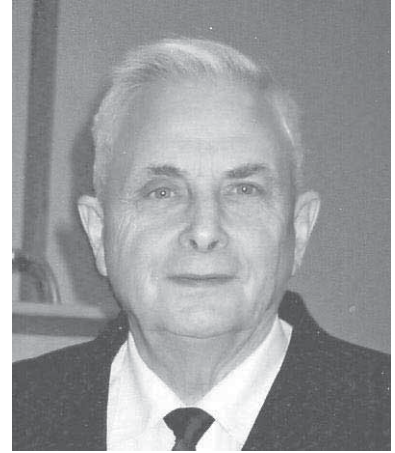
Rainer Jork/ Günter Knoblauch Hrsg.:

Zwischen Humor und Repression – Studieren in der DDR. Zeitzeugen erzählen, ca. 750 S., 19,95 Euro

IM hat angeblich „nur gut“ über sein Ausspäh-Objekt berichtet

Die Unterlagen sind „leider“ verschwunden

Mein väterlicher Freund Gerd Skibbe (geb. 1930, Foto) lebte und arbeitete viele Jahre lang in Neubrandenburg. Als gläubiger und praktizierender Christ in der Kirche-Jesu-Christi, wurde er durch die Stasi bespitzelt. Seine Akten sollen drei Ordner umfasst haben, die am 8. August 89 verbrannt wurden. Nur eine Seite, außer dieser Mitteilung, war noch vorhanden, und da stand der Name eines Mannes aus der Neubrandenburger Innenstadt der ihn lange Zeit bespitzelte. Er hat nie Nachforschungen angestellt, wer ihn da bespitzelt hat.



Die Angst, den Täter von einst zu behelligen war wohl genug Strafe. Drei Stasi-Offiziere, die sich Gerd 1989/90 andienen wollten, als er 1990 CDU-Kreissekretär wurde, sagten ihm, dass seine Akte nur Gutes enthalten hätte, keine Affären usw. Ob da mehr war, weiß er nicht. Immerhin war er seit 1973 Teilnehmer einer Konferenz seiner Kirche in München, 1982 in den USA, und lebenslanglich stand er in Kontakt zu hochrangigen USA-Bürgern wegen seiner Mitgliedschaft in der Kirche-Jesu-Christi der HLT (Mormonen). Er wollte von der DDR nicht betrogen werden, „also betrog ich sie auch nicht“, obwohl er im Besitz brisanter Militäргеheimnisse war, die eher durch Zufall zu ihm kamen, wenn Offiziere der NVA mit den Tollensee-Fischern zum Fischen rausfahren, so hatte er eine gute Einsicht in Raketenstellungen sowie in Angriffspläne der DDR gegen Westdeutschland.

Nach seinem 36-jährigen Berufsleben in der Neubrandenburger Binnenfischerei (Fangleiter und Fischereiingenieur) lebt er heute in Australien, frei von Vorwürfen.

Vielleicht können wir Gerd noch einmal in Neubrandenburg begrüßen, wenn die Stadt Neubrandenburg endlich das denkmalgeschützte MfS-Gelände an der Neustrelitzer Straße 120 mit seiner Mauer und den Wachtürmen würdig saniert und zugänglich gemacht hat. Selbst, wenn die Natur sich das Areal zurückholt, dürfen die Spuren der Diktatur nicht vergessen werden.

Andre Rohloff

Theorie und Praxis sind unvereinbar

Der vor rund 150 Jahren begonnene ideologische Streit um den Marxismus ist vielleicht in anderen Ländern zu Ende, bei uns jedenfalls noch lange nicht, wie es sich immer wieder in den geistigen Verwirrungen der politischen Diskussionen zeigt. „Der Kommunismus führt letztlich zur Demokratie“, „die Idee ist gut, die Ausführung war schlecht“, hört man es überall wieder; „im Sozialismus gibt es mehr Gerechtigkeit“. Nein, falsch, denn der Marxismus und die parlamentarische Demokratie sind unvereinbar.

Andre Rohloff

Nach dem sozialistischen Weg kam der Bruch

Die Lebens- und Ausreisegeschichte der Ärztin Elke Austenat

Die Berlinerin Dr. Elke Austenat, geboren 1945, schildert im ersten Teil ihrer DDR-Autobiografie, die den Titel trägt „Am Anfang war doch alles gut – eine deutsche Familie“ ihr Leben als Medizinstudentin, als diabetologisch tätige Ärztin und als politische Gefangene in Berlin-Pankow und anschließend als Strafgefangene in der Frauenhaftanstalt Hoheneck im Erzgebirge. Schließlich endet dieser Teil ihres Weges mit der Entlassung in die Bundesrepublik.



Das Schicksal ihrer Familie klammert die Autorin aus der Erzählung weitgehend aus. Man erfährt jedoch, dass der Vater, den sie niemals kennenlernte, in der Wehrmacht Arzt war und bei den letzten Kämpfen in Berlin fällt. Die Mutter ist SED-Mitglied. Ihr Weg führte sie über die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in die Staatspartei der DDR, bis sie schließlich Dozentin an der Parteischule in Berlin wurde. Ein Status, der an sich keines Kommentars bedarf. Dennoch zugleich einer, der nicht in Stein gemeißelt war, denn im Jahr 1971 beendete sie diese Tätigkeit und verließ auch die SED. Dies sind Schritte, die mutig und bemerkenswert sind und ganz unversehens die Frage (und vor allem die

Antwort) nach dem aufklärenden Warum aufwerfen.

Zwangsläufig wird Elke in ihren Kindheitsjahren vorerst sozialistisch geprägt und erzogen, was auch einen entsprechenden Bildungsweg einschließt. Das Abitur im Jahr 1963, danach eine Lehre als Krankenschwester und später ein Studium der Medizin, das sie 1972 mit dem Dokortitel – erworben an der renommierten Humboldt-Universität – abschließt. Zudem liefert sie zunächst das ideologische Bekenntnis zum SED-Staat und wird Aufnahme-Kandidatin für die Staatspartei.

Der Bruch mit diesem Staat und seiner Ideologie erfolgt mit dem Eintritt in die Berufstätigkeit als Ärztin. Sie arbeitet in Berlin-Kaulsdorf im Krankenhaus als Internistin und spezialisiert sich hier auf Stoffwechselerkrankungen und Diabetes. Durch das Berufs- und Privatleben wird ihr nun aber deutlich, dass in der DDR vieles nicht stimmt. Der Widerspruch zwischen Propaganda und Wirklichkeit ist für sie wie für viele Mitbürger unerträglich. Doch sie kann den Zwängen nicht ohne weiteres entinnen. Obwohl sie das eigentlich gar nicht mehr möchte, wird sie so lange drangsaliert, bis aus der Kandidatur für die SED die Vollmitgliedschaft wird. Eine brave Genossin im Sinne der Parteiführung wird deswegen nicht aus ihr. Im Gegenteil, wiewohl sie eine gute Ärztin ist, bleibt sie geradlinig und scheut sich nicht, Wahrheiten auszusprechen.

Das endgültige Aufbegehren erfolgt durch einen Vorfall im privaten Bereich. Die Nichte, Tochter ihres Bruders, erkrankt 1979 schwer an Diabetes. Die Familie versucht, Einwegspritzen und Testmaterial, das helfen könnte, aus

Bücher

der Bundesrepublik zu bekommen, doch die abgesendeten Hilfsmittel werden von den Kontrollorganen der DDR – nicht nur einmal – beschlagnahmt. Daraufhin verfassen Elke und ihr Bruder ein Gesuch an den Diabetikerbund in der Bundesrepublik, worin sie auf die Mängel und Hindernisse im medizinischen System der hinweisen und Hilfe anfordern. Da sich immer noch nichts ändert, nehmen beide – gemeint sind Schwester und Bruder – Kontakt zu Rechtsanwalt Vogel auf und beantragen die Ausreisegenehmigung in den Westen. Die Folgen, die sich ergeben, sind naheliegend und überraschen kaum: Es kommt innerhalb kurzer Zeit zur Verhaftung. Elke und ihr Bruder werden wegen *Landesverräterischer Agententätigkeit und mehrfach gemeinschaftlich versuchtem Grenzübertritt im schweren Fall* verurteilt. Sie erhält drei Jahre, der Bruder bekommt ein Jahr und vier Monate Freiheitsentzug. Wie so viele weibliche Häftlinge wird Elke Austenat nach Hoheneck gebracht, von wo sie am 15. Juli 1982 über Chemnitz den Weg in die Bundesrepublik antritt. Sie hat zwei Jahre und drei Monate in der Haft zugebracht und muss sich nun, in einer anderen Welt, neu orientieren.

Das Buch ist spannend und ehrlich geschrieben. Persönliches wird mit Gesellschaftlichem verknüpft, der Staat, diese DDR, wird geschildert, wie er war: mit seiner Überwachung und der Unmenschlichkeit und der Lüge, mit dem Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung als Wesenszüge seiner billigen, egoistischen Existenz. Die Partei als der Apparat, zu dem sich die heutige Linkspartei nicht bekennen will, obwohl sie dazu verpflichtet wäre. Zahlreiche Dokumente aus den MfS-Akten belegen den Verfolgungswahn und die Schikanen gegen die junge Ärztin und ihre Familie. Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie sehen keineswegs aus, wie sie Elke Austenat erfahren hat. Aber es ist gut und wichtig, dass sie ihre Geschichte aufgeschrieben hat, und der Leser darf auf den zweiten Teil gespannt sein.

Dr. Heinz Schneider

Ein Leben dem Kampf für Freiheit und Aufklärung geopfert

Michael Gartenschläger gehört zu den kompromisslosesten Widerständlern gegen das SED-Regime

Wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre in der Bonner Republik, dann hätte Michael Gartenschläger, nachdem er am 30. März und 23. April 1976 zwei Splitterminen an der innerdeutschen Grenze abgebaut und der Öffentlichkeit vorgeführt hatte, für seine mutige Tat mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet werden müssen. Aber mit rechten Dingen ging es, wenn man humanitäre Kriterien anwendet, offensichtlich schon seit Jahren nicht mehr zu in der westdeutschen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem SED-Unrechtsstaat, der, um seine Machtpositionen abzusichern, auch vor Mord nicht zurückschreckte und allein an der Berliner Mauer zwischen 1961 und 1989 kaltblütig und rücksichtslos 136 Flüchtlinge umbringen ließ. Einer der Erschossenen, der nicht in Berlin, sondern in der Nacht des 30. April 1976 an der innerdeutschen Grenze bei Bröthen im Landkreis Lauenburg ermordet wurde, war der aus Strausberg bei Berlin stammende Autoschlosser Michael Gartenschläger, der 1961, im Alter von nur 17 Jahren, zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt und 1971, inzwischen 27 Jahre alt, gegen 40.000 Westmark freigekauft wurde. Das Buch über Michael Gartenschläger, das der 1950 in Dresden geborenen Autorin Freya Klier ist die bisher eindringlichste und gründlichste Aufarbeitung dieses ungewöhnlichen Lebenswegs, der schließlich im nächtlichen Kugelhagel endete. Hier wird dem Leser mit Wucht vor Augen geführt, dass der gewaltsame Tod schier unausweichlich war.

So wird die Beschreibung von Kindheit und Jugend in Strausberg, die am 19. August 1961 abrupt endete, der zehnjährigen Zuchthaushaft und der fünf Hamburger Jahre 1971/76 immer wieder durch acht eingeschobene Kapitel über „Die innerdeutsche Grenze“ unterbrochen, wo der Leser erfährt, wie diese unselige „Staatsgrenze West“ durch Stacheldraht, Wassergräben, Todesstreifen, Spürhunde, Aussiedlung Tausender Grenzanwohner und schließlich durch die Installation von 60.000 Splitterminen („SM-70“) zwischen Hof und Lübeck, deren Existenz die DDR-Führung vehemen-

ter bestritt, immer undurchdringlicher und unüberwindbarer gemacht wurde.

Der am 13. Januar 1944 geborene Michael Gartenschläger und seine sechs Jahre ältere Schwester Christa wuchsen in Strausberg, wo seit 1956 das DDR-Ministerium für „Nationale Verteidigung“ seinen Sitz hatte, auf wie andere DDR-Jugendliche auch. Die Eltern, die eine Gastwirtschaft betrieben, wollten ihrem Sohn den Berufsweg nicht verbauen und ließen ihn 1958 an der staatlich erwünschten Jugendweihe teilnehmen, die von der Evangelischen Kirche angebotene Konfirmation wurde im Jahr darauf nachgeholt. Schlosserlehrling Michael und seine vier Freunde, die sich die „furchtlosen Fünf“ nannten, hörten gemeinsam Westmusik, trugen „Nietenhosen“, wie die heiß begehrten Jeans DDR-offiziell bezeichnet wurden, um ihnen den amerikanischen Beigeschmack zu nehmen, und fuhren oft gemeinsam nach Westberlin, um einzukaufen und ins Kino zu gehen.

Das alles war nicht verboten, aber unerwünscht und für ein Leben im „Arbeiter- und Bauernstaat“ nicht gerade förderlich. Gerd Resag, der Ärgster mit seinen Eltern hatte, floh 1960 sogar nach Westberlin und ging für drei Tage ins Lager Marienfelde, von wo ihn sein entsetzter Vater nach Strausberg zurückholte. Die erweiterte Oberschule dort durfte er nicht mehr besuchen, sondern wurde strafversetzt ins Internat Karl Marx auf den Seelower Höhen an der Oder, in eine „politische Vorzeigeschule“. Dieser Schule wurde er schließlich auch verwiesen mit dem Vermerk, nirgendwo mehr eine DDR-Oberschule besuchen zu dürfen. Hier glitt der jugendliche Widerstand gegen Staat und Eltern, wie er überall vorkommt, hinüber ins Politische. Denn nach dem Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 wurden die fünf jungen Strausberger aktiv. Am 14./15. und 18. August schrieben sie antikomunistische Losungen an Häuserwände, am 16. August zündeten sie bei Wilkendorf, wo das Verteidigungsministerium sein Gästehaus hatte, eine mit Heu gefüllte Feldscheune der LPG „Einheit“ an, was einen Schaden von 50.000

DDR-Mark ausmachte, am 19. August wurden sie schließlich verhaftet. Der Schauprozess vor dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder gegen die fünf „Staatsverbrecher“, wie die „Deutsche Lehrerzeitung“ vom 19. September 1961 schrieb, wurde am 13. September eröffnet, im „Kultur-saal“ der „Nationalen Volksarmee“ in Strausberg.

Dass der Bezirksstaatsanwalt am 14. September vor 120 Zuhörern für die Hauptangeklagten Michael Gartenschläger und Gerd Resag die Todesstrafe fordern würde, war nicht vorherzusehen. Nur weil die Angeklagten noch minderjährig waren, wurde sie am 15. September bei der Urteilsverkündung in lebenslange Haft umgewandelt. Diese Todesstrafe aber wurde schließlich doch noch vollstreckt, anderthalb Jahrzehnte später, in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976. Die vier Todes-schützen einer 29-köpfigen Einsatzgruppe aus Erich Mielkes „Ministerium für Staatssicherheit“, die am 24. April gegründet worden war, operierten schon seit Tagen vor dem Grenzzaun, also bereits auf westdeutschem Gebiet. Sie waren durch einen Denunzianten aus Michaels Freundeskreis informiert worden, dass er irgendwann im Grenzgebiet auftauchen wollte. Er hatte eigentlich geplant, an einem anderen Grenzschnitt, 80 Kilometer entfernt, eine dritte Splittermine abzubauen, wollte jetzt nur sein im Wald verstecktes Werkzeug und die Leiter abholen. Dabei kam ihm der tollkühne Gedanke, eine weitere Mine zur Explosion zu bringen, um „öffentliche Aufmerksamkeit zu wecken“, da wurde er ohne Anruf und Warnschuss niedergestreckt. Sein von 120 Schüssen durchsiebter Körper wurde am 10. Mai 1976 als „unbekannte Wasserleiche“ auf dem Schweriner Waldfriedhof beigesetzt. Der Mord blieb auch nach der Revolution vom 9. November 1989 ungesühnt. Eine juristische Aufarbeitung gab es nur ansatzweise:

Elke Austenat: Am Anfang war doch alles gut AWA Publishing & Advising, 476 S., 21,50 Euro

Freya Klier: Michael Gartenschläger. Kampf gegen Mauer und Stacheldraht, 160 Seiten, 12,50 Euro

Marx, Engels und die Diskriminierung Ferdinand Lassalles

Wem die Anerkennung für die sozialen Fortschritte im 19. Jahrhundert in Wirklichkeit gebührt

Das Thema Karl Marx ist und bleibt in der politischen Landschaft ein Dauerbrenner. Immer noch wird Marx, der zu seinen Lebzeiten keineswegs das darstellte, wozu er vor allem durch die SED hochstilisiert wurde, als Person und aktiver Revolutionär gefeiert. Seine (und Engels') Schriften, die nur wenige in ihrer Gänze gelesen und verstanden haben, gelten als theoretische Grundlage für den Kampf um sogenannte soziale Gerechtigkeit, ohne dass sich wirklich jemand tiefgehend mit ihrem Inhalt befasst hat. Interessanterweise beruft sich Die Linke, die in ihrer Tradition zur SED Partei der Arbeiterklasse sein müsste, offiziell kaum auf Marx. Diese Rolle hat mittlerweile die Partei MLDP übernommen, deren Ziele und Inhalte im Internet-Auftritt nachlesbar sind. Hier wird neben der Nähe zu Marx und Engels auch noch auf den chinesischen Diktator Mao Zedong verwiesen und die Rolle des Proletariats verherrlicht. Dass es in der Gegenwart in Deutschland und den anderen führenden Industrieländern keine Arbeiterklasse im Marx'schen Sinne mehr gibt, wird schlicht ignoriert. Der laut Marx zur Revolution berufene „doppeltfreie Lohnarbeiter“ existiert ganz gewiss nicht bei VW oder Daimler. Im Gegenteil haben sich diese Beschäftigten zu einer privilegierten Schicht unserer Gesellschaft entwickelt, was nicht zuletzt auf das Wirken der Gewerkschaften, aber auch der SPD zurückzuführen ist.

Eine entscheidende Rolle bei der Gründung dieser SPD spielte in der Mitte des vorvorigen Jahrhunderts bekanntlich Ferdinand Lassalle, ein Zeitgenosse und (vermeintlicher) Weggefährte von Karl Marx und Friedrich Engels. Es ist damit erwiesen, dass sich bei der Entwicklung einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft nicht Marx und Engels, sondern vielmehr der Pragmatiker Lassalle durchgesetzt hat.

Wie neidisch wären Marx und Engels heute, könnten sie einen Blick auf die Gesellschaft und die

Situation des „Proletariats“ werfen? Würden sie die Hetze und Verachtung, die sie in ihren Briefen für Lassalle äußerten, verschärfen oder würden sie vor Scham verstummen? Lesen Sie nachstehend eine Betrachtung über das Verhältnis von Karl Marx und Friedrich Engels zu Ferdinand Lassalle, wie es sich aus den gesammelten Schriften der beiden „Klassiker“ abzeichnet.

Es sind vor allem die Bände 29 bis 31 der MEW-Ausgabe von 1982, in denen sich Marx und Engels in ihren Briefen ein peinliches Armutszeugnis ihrer rassistischen Denkweise und ihrer spießhaften Kleingeistigkeit über den Sozial-Aktivisten Lassalle ausstellen. Lassalle, der 1825 im schlesischen Breslau mit dem bürgerlichen Namen *Ferdinand Johann Gottlieb Lassal* geboren wurde, war wie Marx jüdischer Abstammung. Marx' Vater, Rechtsanwalt in Trier, hatte aber im Gegensatz zu Heymann Lassal, der ein begüterter Kaufmann war, unter großen finanziellen Anstrengungen und mit Überwindung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Hindernissen einen Aufstieg als Anwalt erreicht und war mit seiner Familie zum christlichen Glauben konvertiert. Karl Marx hat im Weiteren seine Abstammung jedoch konsequent ignoriert bzw. verschwiegen – mitunter scheint es, dass er sie sogar „ausgeblendet“ hatte – was ihn aber nicht hinderte, bei einem wohlhabenden Onkel, der in Amsterdam als Rabbiner tätig war, mehrmals um finanzielle Unterstützung nachzusuchen. Seine rassistischen Äußerungen über Lassalle resultieren allerdings auch aus der für ihn typischen Arroganz und seinem auffallend großen Neid. Während Lassalle, der vor allem durch seine Veröffentlichungen hohe Einnahmen erzielte und lange Zeit finanziell gutgestellt war, eine enorme politische Bedeutung entwickelte und mehrere Jahre an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand – er konsultierte und beeindruckte bekanntlich auch Bismarck – war Marx zur selben Zeit eigentlich nicht mal eine Randerscheinung im gesellschaftlichen Leben.

Marx scheute – ebenso wie Engels, der einen Sprachfehler hatte – öffentliche Auftritte. Nachdem er wegen bevorstehender Gerichtsverfahren aus Deutschland fortgegangen war, verließ er seinen späteren Wohnort London nur selten, und er hatte auch in der britischen Hauptstadt nur wenige Kontakte zu Gleichgesinnten. Eine Beteiligung an sogenannten revolutionären Aktionen ist erst spät (und auch nur sporadisch) zu verzeichnen. Symptomatisch für seine dauerhafte Situation waren dagegen die unaufhörliche Verschuldung – er hatte während des Aufenthalts in London nie ein ausreichendes Einkommen aus eigener Arbeit – und die ausgeprägte Intoleranz gegenüber Vertretern anderer politischer Ansichten. Dass er nach seinem Tod zu einem neuen Gott erhoben wurde, verdankte Marx zum einen seinem Freund und Vertrauten Engels. Dieser widmete sich der Sichtung und Aufarbeitung des geistigen Nachlasses, der aus zahllosen Notizen und unfertigen Manuskripten bestand und für einen Nichteingeweihten unübersichtlich erscheinen musste. Engels stellte aus den zahllosen Aufzeichnungen und Notizen einen erheblichen Teil des späteren gemeinsamen Werkes zusammen und brachte wiederum eigene Erkenntnisse und Gedanken in diese umfassende Ausgabe ein.

Zum anderen ist es dann Lenin, dem Marx seine posthume Popularität und das explosionsartig um sich greifende Interesse an seinen Schriften verdankt. Der russische Bolschewik, selbst verwöhnter Spross einer Familie des Beamtenadels, wollte für Russland um jeden Preis eine radikale gesellschaftliche Umwälzung erzwingen und das Zaren-Regime stürzen. Eher durch Zufall stieß er bei der Suche nach der geeigneten Revolutionsliteratur auf „Das Kapital“, das ihm als theoretische Anleitung für die Umsetzung seiner fanatischen Pläne dienen sollte.

Anzumerken ist, dass der Anteil von Friedrich Engels am theoretischen Revolutionswerk und somit an der Vorbereitung gesellschaftlicher Umwälzungen bis heute unterschätzt oder einfach unterschlagen wird.

→ S. 17 oben

Engels kommentierte bereits zu seinen Lebzeiten häufig in der englischen Presse die jeweils aktuellen Kriegseignisse, wobei er mit seinen Voraussagen und Einschätzungen fast immer falsch lag. Dass er nicht minder als Marx bösartige, rassistisch geprägte Äußerungen über Lassalle niederschrieb, offenbart die vorgenannte MEW-Ausgabe, die in unterschiedlichen Auflagen bekanntlich in der DDR veröffentlicht wurde. Dass bislang kaum jemand an diesen niederträchtigen Verunglimpfungen Anstoß nahm, liegt am allgemeinen Desinteresse an der etwa 46-bändigen Ausgabe. Der Briefwechsel enthält neben den Bosheiten über Lassalle und andere Aktivisten viele Plattheiten und private Bemerkungen, zu denen auch die wiederholte Bettelei von Marx an Engels um Geld gehört. Für Studenten und Schüler in der DDR waren üblicherweise Auszüge aus den Standard-Veröffentlichungen vorgegeben, wobei „Das Manifest der Kommunistischen Partei“ vornan stand. Dass sich Jugendliche in der DDR freiwillig oder gar begeistert dazu herabließen, nicht angeordnete MEW-Passagen zu lesen, war nicht der Fall.

Inzwischen hat sich das geändert. Marx zu lesen ist schick und lässt sich auch kommerziell nutzen. Das betrifft freilich weniger den wissenschaftlichen Teil des riesigen Werkes, denn der ist weiterhin schwer verständlich und wegen mangelnder Aktualität oft genug langweilig, als vielmehr die im sozialistischen Alltag geprägten Schlagworte von der Ausbeutung und der revolutionären Rolle des Proletariats. Noch attraktiver und mit einer gewissen Lusternheit gepaart werden jedoch jene Passagen ausgegraben, die (nicht nur heute) als Rassismus und Antisemitismus ausgelegt werden können und die sich vielfach gegen Ferdinand Lassalle richten. Als eine Art Bestseller hat sich ein von Gre-

gor Gysi, Harry Rowohlt und anderen besprochenes Hörbuch erwiesen, das als CD oder ebook und auch als Printausgabe angeboten wird.

Ferdinand Lassalle hat nie geahnt, wie die beiden „Klassiker“ üble Nachrede über ihn betrieben. Er verstarb am 31. August 1864 in der Schweiz. Er hatte sich vier Tage zuvor völlig unnötig mit einem Adligen aus Rumänien duelliert und war lebensbedrohlich verletzt worden. Er war erst 39 Jahre und hat doch in seinem kurzen Leben eine erstaunliche Leistung vollbracht, die sich sowohl in wissenschaftlich theoretische wie auch in gesellschaftliche Aktivitäten teilt. Allein seine Auftritte vor Gericht, zu denen sein Beistand für die Gräfin Sophie von Hatzfeld zählt, sind zur Legende geworden. Dass er sich im August 1864 völlig sinnlos in jenes Duell stürzte, wird auch mit einer gewissen Lebensmüdigkeit in Verbindung gebracht, zumal er wegen seiner aufrechten Gesinnung –



nicht zum ersten Mal – mit der Verbüßung einer Haftstrafe zu rechnen hatte und gesundheitlich stark angegriffen war. Zunehmend litt er an den Folgen einer nicht ausgeheilten Syphilis, worüber sich pikanterweise auch Marx in einem Brief an Engels bösartig amüsierte. Zitat: „... Lazarus, der Aussätzige, ist also der Urtyp des Juden und Lazarus-Lassalle. Nur ist unserem Lazarus der Aussatz ins Hirn geschlagen. Seine Krankheit

war ursprünglich schlecht askurierter sekundäre Syphilis.“ (Quelle: Brief Marx an Engels vom 10. Mai 1861).

An anderer Stelle spricht Marx nicht minder widerlich und eines „Klassikers“ unwürdig von einem „jüdelnden Ton“, den sich die Gräfin von Hatzfeldt von Lassalle „angehört und eingepaukt“ habe. (Brief Marx an Engels vom 7. Mai 1861). ARK

Das Foto

(© www.first-minute-buechder.de) zeigt das Marx-Monument auf dem Grab von Karl und Eleonore Marx auf dem Londoner Highgate Friedhof. Am Grab trifft man fast immer Besucher an, von denen viele Rosen oder Nelken ablegen. Der Einlass zum Friedhof erfolgt gegen eine Gebühr.

Putin, die Krim und Königsberg

Eine Meinungskorrektur

Der Kirchenhistoriker Johann Joseph Ignaz, seit 1868 Ritter von Döllinger (28.02. 1799 bis 10. 01. 1890) belegt in seinem Buch *Papsttum*, dass der Heilige Synod bereits 1619 in einer Urkunde dem Zaren feierlich die Weltherrschaft zusicherte, „dass er der einzige Herrscher auf der ganzen Erde werde.“ Diesen anmaßenden Panslawisten, denen nahezu alle Nichttrussen als Irrgläubige galten, standen die späteren fanatisch kommunistischen Kommissare in nichts nach.

Heute ist Putin der *einzigste Herrscher auf der ganzen Erde*? Putin behauptet, mit der Annexion der Krim die historischen Tatsachen wieder hergestellt zu haben. Diese Einseitigkeit erstaunt, wenn das Königsberger Gebiet an Deutschland nicht zurückgegeben wird. Und wieder mal nur Geschwätz eines Politikers, wenn er nach Rechtfertigungen sucht? André Rohloff

Anmerkung:

Die Halbinsel Krim war aus historischer Sicht keineswegs immer russisches Staatsgebiet. Sie gehörte bis zur Hälfte des 18. Jahrhundert zum Osmanischen Reich und wurde durch den russisch-türkischen Krieg (1768 – 74) von Russland besetzt. Nachzulesen im Internet und bei Tolstoi: „Sewastopoler Erzählungen“. B. Thonn

Wenigstens je einen Gedenkort beider Diktaturen besuchen!

Das Forum Brandenburg dankt für die Unterstützung beim Mauerweglauf und fordert mehr Schulbesuche an Gedenkstätten

Liebe Unterstützer und Sympathisanten, ein junges Team von Potsdam-TV hat die Botschaft unseres Mauerweglaufes auf den Punkt gebracht, während die Potsdamer Tageszeitungen unser parteiunabhängiges ehrenamtliches Engagement zum Opfergedenken – im Gegensatz zu anderen Veranstaltern an JEDEM 13. August und 9. November ohne "Kunstpausen" stattfindend – wie in den letzten Jahren zu registrieren ist, zumindest was die Berichterstattung selbst betrifft, zunehmend ignorieren. Wenn Fotos von unserer Gedenkstätte am Griebnitzsee dennoch in der Presse auftauchen, fehlt dabei jeglicher Bezug zum FORUM als Veranstalter und bleibt ebenso die aktive Teilnahme des Amtes der Landes-Beauftragten Ulrike Poppe für die SED- Opfer unerwähnt!

Dafür gab es wiederum ausführliche Wiedergaben der dann üblichen Sonntagsreden ohne Bezug zur eigenen Verantwortung "Gegen das Vergessen" gegenüber der heutigen Schülergeneration. Bei unserem Opfergedenken stellte sich immerhin "Wahl- Überraschungsgast" Frau Dr. Manja Schüle (SPD) tapfer der Frage, wie ernst es ROT-ROT mit der eigenen Koalitionsvereinbarung nimmt, wonach jeder Brandenburger Schüler in seiner Schulzeit wenigstens je einen Gedenkort der NS- und SED-Diktatur besuchen soll, wenn sich die Landesregierung trotz verschiedener parlamentarischer (B' 90/ Grüne) und außerparlamentarischer (durch das FORUM bei jedem Ministerpräsidenten-Treffen mit den Opferverbänden) Anfragen bis heute nicht in der Lage sieht, belastbares Zahlenmaterial zur tatsächlichen Besuchspraxis zu liefern.

Dabei behauptet die Landesregierung allen Ernstes, dass ihr keine Erfassung dieser Gedenkstättenbesuche bezogen auf die Schulklassen aus dem Land Brandenburg vorlägen, obwohl die einzelnen Gedenkstätten selbstverständlich Namen und Ort der jeweiligen Schule registrieren.

Damit wäre die Landesregierung durchaus aussagefähig, was sie aber aufgrund der dabei zu erwartenden Ergebnisse offenkundig nicht preisgeben will. Welcher wohlthuenden Kontrast zu dieser Art von Gleichgültigkeit erfuhren wir dagegen als Helfer von den Läufern, wie im TV-Beitrag zu hören oder durch Kay Giese vom Post-SV Buxtehude, einziger sechsmaliger Starter, der bei der Siegerehrung im Beisein von Karin Gueffroy spontan auf die Bühne trat, um von den Helden zu sprechen, die „an der Mauer wie Vieh erschossen, die wir niemals vergessen dürfen“, und von dem „größten Wunder, dem Mauereinsturz“.

Mit dieser Botschaft sendet Euch das FORUM herzliche Grüße in Verbundenheit

Manfred Kruczek

*Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der
DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.*

Anm.: Da auch im nächsten Jahr ein Mauerweglauf in Berlin und Brandenburg stattfindet, sind Helfer und Unterstützer wiederum sehr willkommen. Interessierte können sich an der Bundesgeschäftsstelle melden.

709 Abgeordnete. Macht das Sinn?

Die Mehrkosten für den aufgeblähten Bundestag sind für die Wählerinnen und Wähler unfassbar

Politik ist ein teures Geschäft. Gemeint ist damit in diesem Fall weniger die Wertschätzung, die wir den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Politik entgegenbringen (sollten), sondern in diesem Falle sind es die zusätzlichen Kosten, die im Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl entstehen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können es nicht fassen, dass wir uns nun noch mehr Abgeordnete als je zuvor im Bundestag leisten sollen. Nach der letzten Schätzung handelt es sich um mindestens 700 kompetente VolksvertreterInnen, davon 30 % Politikerinnen und 70% Politiker, die den Auftrag haben, uns als Bevölkerung zu regieren. Mehr Abgeordnete als unser Bundestag hat, wie es heißt, nur noch das kommunistische Regime in Peking, das dafür nicht so häufig zu seinen Sitzungen zusammenkommt wie der Deutsche Bundestag.

Die Ausgaben für unser höchstes Parlament sind fraglos enorm. Das soll nicht heißen, dass die jeweils gewählten Politiker im Reichtum schwelgen. Die Diäten und Frei-Pauschalen sind angesichts der zwangsläufig entstehenden Ausgaben für die Einzelnen keineswegs so hoch, als dass man mit diesen Einkünften Reichtümer anhäufen könnte. Nicht mal das Amt der Bundeskanzlerin wird im Vergleich zum Arbeitspensum und der hohen Verantwortung, die sich damit verbinden, sonderlich hoch bezahlt. Hier gilt immerhin auch: Wir brauchen in der Politik gute Leute, also sollten diese auch angemessen bezahlt werden, sonst wandern sie, wie wir es immer wieder erleben, in die freie Wirtschaft ab. Und doch ist es so, dass sich die Abgeordneten-Einkünfte gegenüber den in eben dieser freien Wirtschaft gezahlten unfassbar hohen Gehältern und Gratifikationen der Manager und Vorstandsmitglieder der großen Unternehmen noch bescheiden ausnehmen.

Die Kritik geht in zwei andere Richtungen. Erstens steht die Frage, warum brauchen wir diese vielen Abgeordneten? Man sieht, wenn im Fernsehen Übertragungen von Bundestagsdebatten laufen, ohnedies fast immer nur kleine Gruppen, die, wie es heißt, den entsprechenden Ausschüssen zuzurechnen sind.

Und doch wächst die Zahl der MdB von einer Wahl zur nächsten fast immer an. Die Wählerinnen und Wähler verstehen die Notwendigkeit von Überhangsmandaten und die sich daraus ergebende Zahl der Abgeordneten nicht – zumindest wenn dies – wie in diesem Jahr – zu Mehrkosten von etwa einer halben Milliarde Euro führt.

Eine zweite wesentliche Kritik wird im Fall des vorigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder laut: Wie kann jemand, dessen Weg und Position in der freien (russischen) Wirtschaft von der hiesigen Öffentlichkeit ohnehin von Kritiken und Anfragen begleitet wird, zusätzlich noch von deutschen Steuergeldern profitieren?

Schröder ist kein Einzelfall, sondern eher das herausragende Beispiel. Mag sein, dass man die Art des Geldverdienens und die Höhe der Einkünfte als Privatangelegenheit abtun kann, so wirft doch die politische Komponente, die in dieser Konstellation steckt, kein gutes Licht auf einen Mann, der einmal deutscher Bundeskanzler war und der auch über dieses Amt hinaus Verantwortung trägt.

B. Thonn

Wegen Hochverrats zu „schlimmen“ fünf Jahren Gefängnis verurteilt

Eine Rückschau auf das Schicksal des „BRD“-Kommunisten Jupp Angenfort

Seit meiner Entlassung im Sommer 1964 aus dem Zuchthaus Waldheim lese ich kommunistische Zeitungen. Man muss schließlich wissen, was der „Klassenfeind“ treibt und welche Pläne er bis zum Mauerfall 1989 bei der Umgestaltung Westdeutschlands verfolgte.

Vor sieben Jahren las ich am 19. März dort, in den Zeitungen *Neues Deutschland* und *Unsere Zeit*, Todesanzeigen für den in Düsseldorf verschiedenen „Klassenkämpfer“ Jupp Angenfort (1924 bis 2010), der sein ganzes Kommunistenleben der „Befreiung der Menschheit“ gewidmet hatte.

Kam mir der Name nicht bekannt vor? Lief da nicht 1962 in der FDJ-Zeitung *Junge Welt*, die wir zur „Umerziehung“ auch in Waldheim lesen durften, eine irre Politstory in Fortsetzungen unter dem Titel „Unser Freund Jupp“? Im Zentralorgan *Neues Deutschland* konnten wir doch damals ständig polemische Artikel über westdeutsche „Friedensfreunde“ lesen, die von den „Bonner Ultras“, so hieß die Regierung unter Konrad Adenauer, verfolgt und von einer „reaktionären Justiz“ durch „Terrorurteile“ für fünf bis sieben Monate ins Gefängnis geschickt worden waren. Am Schicksal Jupp Angenforts konnten wir uns endlich ein „zutreffendes Bild“ von diesem „schrecklichen Staat“ machen, in welchen wir alle ausgebürgert werden wollten! Josef Angenfort, so der Taufname, wurde als Sohn eines Düsseldorfer Eisenbahners katholisch erzogen und geriet im Oktober 1943 an der Ost-

front in russische Gefangenschaft. Er besuchte, noch nicht einmal zwanzig Jahre alt, die „Antifaschule“ und durfte danach deutsche Kriegsgefangene aufklären, für wen sie gekämpft hatten. Im März 1949 kehrte er nach Düsseldorf zurück, wurde KPD-Mitglied und FDJ-Vorsitzender in Westdeutschland, 1951 schließlich auch Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen.

Dann aber kam es knüppeldick! Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ in der Bundesrepublik verboten und fünf Jahre später, am 17. August 1956, auch die KPD. Schlimme Zeiten also für „unseren Freund Jupp“! Er wurde im März 1953 verhaftet, am 4. Juni 1955 wegen „Hochverrats“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die er in der JVA Münster absaß, und im April 1957 von Bundespräsident Theodor Heuss begnadigt. Da er offenbar wiederholt gegen die Bewährungsaufgaben verstoßen hatte, wurde er am 28. Februar 1962 erneut verhaftet, fast fünf Jahre nach seiner Begnadigung, und kam nach München-Stadelheim. Von dort gelang ihm, während eines Gefangenentransports, am 4. April 1962 die Flucht, die ihn schließlich ins „gelobte Land“, den ummauerten SED-Staat, führte.

Es ist die übliche Geschichte eines treuen Parteisoldaten, der den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen wollte, obwohl er nach seiner Rückkehr aus dem „DDR-Exil“ 1968 eine führende Rolle in der „Deutschen Kommunistischen

Partei“ (DKP) einnehmen sollte, die am 25. September 1968 unter Duldung durch Gustav Heinemann, den Justizminister der Großen Bonner Koalition 1966/69, gegründet worden war. In der Gruselgeschichte „Unser Freund Jupp“, der den Lesern der *Jungen Welt* 1962 präsentiert wurde, erscheint die noch junge Bundesrepublik, der Zufluchtsort Hunderttausender von DDR-Flüchtlingen, als „faschistischer“ Nachfolgestaat des 1945 untergegangenen „Dritten Reiches“, der seine politischen Gegner gnadenlos verfolgte, so dass sie in den Untergrund abtauchen mussten.

Wäre da nicht ein „fortschrittlicher Pfarrer“ gewesen, der dem vor „Adenauers Häschern“ fliehenden Jupp Unterschlupf gewährt hätte, so wäre er unzweifelhaft in den düsteren „Kerkern“ der westdeutschen „Klassenjustiz“ verkommen.

Das alles lasen wir zähneknirschend, unsere eigene Lage bedenkend, im Sommer 1962 im Zuchthaus Waldheim in Sachsen!

Jörg Bernhard Bilke

Angenfort - Namensgeber für LPG in der DDR

Um den Status eines kommunistischen Helden zu verdeutlichen, wurden in der DDR u. a. eine LPG, eine Jugendherberge, ein Jugendklubhaus und ein Kinderferienlager nach Jupp Angenfort benannt. Allein aus diesem Grund sollte man es begrüßen, dass es diese DDR mit ihrer heuchlerischen Heldenverehrung nicht mehr gibt. *T. Haltern*

Wir trauern um

Herta Pakozdi

Siegfried Opitz

Erika Tauchmann

Karl-Heinz Fuhrmann

Dr. Wolfgang Mayer

Prof. Dr. Gerhard Meinl

Reinhard Künne

Bezirksgruppe München

Bezirksgruppe Gera

Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Bezirksgruppe Eisleben

Bezirksgruppe Mannheim

Bezirksgruppe Rostock

Bezirksgruppe Mainz

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes
Gedenken bewahren**

Viele Blumen und gute Wünsche für eine aufrichtige und aufrechte Neunzigjährige aus unseren Reihen

*Christine Härtkorn setzt sich weiter für die VOS
und die Kameradinnen und Kameraden ein*

Wie in der vorigen Fg-Ausgabe nachzulesen war, beging unsere hochgeschätzte Kameradin Christine Härtkorn am 15. August ihren 90. Geburtstag, wozu ihr die Bundesgeschäftsstelle der VOS mit einem wunderbaren Blumenstrauß gratulierte.

Kamerad Diederich informierte dazu noch einmal: Christine Härtkorn ist seit 1961 Mitglied und führt bestimmt fast seit dieser Zeit die Bezirksgruppe Ulm. Es ist die Gruppe, wo man noch heute geschlossen mit Krawatte kommt. Es dürfte auch wenige Generalversammlungen gegeben haben, bei denen die vorbildliche Kameradin nicht anwesend war.

Seitens des Redakteurs wäre zum Glückwunsch in der Fg eine Korrektur anzubringen, die an dieser Stelle nicht über-



sehen werden sollte:

Christine Härtkorn ist nicht in den Westen geflohen, sondern sie wurde nach mehrjähriger Haft 1954 von den Russen amnestiert und als SMT-Verurteilte offiziell in den Westen entlassen.

Am Entlassungstag

schon hatte sie sich geschworen, dass sie den Kommunismus immer und überall bekämpfen wird und alles in ihrer Macht stehende tun muss, um sich für ihre Kameradinnen und Kameraden einzusetzen.

Ihre Aussage „Und daran habe ich mich auch bis heute gehalten“ können die VOS-Mitglieder auf jeden Fall bestätigen. Nicht zuletzt war es Kameradin Härtkorn, die während der Generalversammlung 1998 im Auftrag ihrer Bezirksgruppe den Antrag auf die Durchsetzung einer Opferrente einbrachte. Was damals, da wir noch um eine „normale“ Haftentschädigung kämpften, wie eine Utopie klang, wurde nach etwas mehr als zehn Jahren wahr.

Inzwischen ist die Opferrente für die, die sie erhalten, etwas beinahe Selbstverständliches, und wir streben nach weiteren Verbesserungen. Möglichst alle Opfer sollen sie erhalten, und es soll auch an die Hinterbliebenen gedacht werden. Angestrebt wird zudem eine jährliche Anpassung an die Erhöhung der Altersrente. Es sind Ziele, die die VOS konsequent verfolgen muss. Viele von uns sind dabei ungeduldig. Der Mut und die Entschlossenheit von Christine Härtkorn sollten uns jedoch als Vorbild dienen und uns lehren, dass Beharrlichkeit und ein bisschen Idealismus dazu gehört, wenn man etwas erreichen will.

ARK

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail:

satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 781/ 782 erscheint Dezember 2017

Redaktionsschluss der FG 779/780 am 10. Oktober 2017